

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 21, Winterfeldstr. 29  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6400  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 RM. — Postzeitungsschiff Nr. 3164

## Der Freiheit Weihnachtsbaum

WeiBt die Welt. Von Flocken blinkt's umher.  
Und immer tiefer wühlt die dunklen Fänge  
Die Finsternis in's Herz der Erde. Schwer  
Verhallen fernher zitternd Glockenklänge.  
Und Klang um Klang . . . bis ganz die Nacht sich legt.  
Dann wird es still. Fern holpert noch ein Klirren.  
Ein Wind setzt ein; der wimmert, weint und trägt  
Aus dunklem Fort ein einsam Krähenchnarren . . .

Und auch das Fauchen der Fabrik verstummt.  
Und Licht um Licht erlischt in ihren Räumen.  
Ein letztes Pfeifen zischt, vom Dampf umlummt.  
Die hohen Schloten stehen starr und träumen . . .  
Und träumen ihrer Sehnsucht großen Traum,  
Der Arbeit Traum: ein Jubeln, ein Frohlocken  
Am grünen Weltenfreiheits-Weihnachtsbaum . . .  
Und durch die Lüfte schwingen Weiheglocken. —

Des Freiheitsbaumes dunkles Weihnachtsgrün  
Wird einst die milden, würz'gen Düste hauchen  
Rings um die Welt, wo ihren Takt zu Müh'n  
Und Qual die blanken Räder furr'n und fauchen.  
Nacht dieser Tag, dann fällt von jeder Hand  
Die harte Fessel. Nirgends Knecht' noch Freie!  
Gleich sind sie alle rings im weiten Land.  
Das wird der Feiertag der Weltenweihe!

Dann steht ein Baum in jeden ärmsten Haus,  
Und golden strahlt von ihm das Licht der Kerzen;  
Kein Sturm der Zeit löscht ihre Leuchten aus  
Und träuft das Leid der Nacht in bange Herzen!  
Dann pocht das Glück an jede nied're Tür  
Und teilt die Gaben, jedermann zu Willen —  
Und lächelnd tritt Verheißung hin zu Dir,  
Um Deiner Wünsche Sehnsucht zu erfüllen.

Vor dieses Menschheitsweihnachtsbaumes Strahl  
Wird alles Elend, aller Kummer schwinden.  
Wer da gebeugt heut zieht in Not und Qual,  
Der wird den Weg zu Sonnenhöhen finden —  
Der wird mit eig'ner schwielenharter Hand  
Am Zukunftsbaume zünden an die Kerzen,  
Daß er erstrahlt hoch über allem Land  
Und seine Leuchte gießt in alle Herzen.

Ihr alle, die Ihr front, Ihr sollt das Haupt  
Einst heben hoch zu diesem gold'nen Glänzen —  
Ihr, denen Glück und Recht man roh geraubt,  
Sollt Eure Stirnen einst mit Rosen kränzen!  
Strahlt unfer Weihnachtsbaum im Kerzenschein,  
Dann sinkt die Bängnis, sinkt die Erdentrübe —  
Dann zieht in aller Leben leuchtend ein  
Die Freiheit, Gleichheit und die Bruderliebe!

Ludwig Cellen.

## Die Tarifverträge im Deutschen Reiche.

Seit dem Jahre 1907 veranstaltet das Kaiserliche Statistische Amt alljährliche Fragebogenerhebungen über die Tarifverträge im Deutschen Reiche, nachdem es von 1903 bis 1906 die in Geltung befindlichen Tarifverträge gesammelt und statistisch bearbeitet hatte. Die Erhebungen werden mit Hilfe der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände durchgeführt, indes ist der Anteil der letzteren so gering (1908: 13,2 Proz., 1909: 9,0 Proz.), daß ohne die Hilfe der Gewerkschaften diese Statistik nicht durchgeführt werden könnte. Auch sind es von den verschiedenen Gewerkschaftsgruppen fast allein die freien Gewerkschaften, deren Tarife die Grundlage der Statistik bilden. Von 2090 pro 1909 abgeschlossenen Verträgen entfielen 2081 auf unsere Verbände. Die übrigen Gewerkschaftsgruppen sind in der Regel an den Tarifen unserer Gewerkschaften nur mitbeteiligt.

Die große Bedeutung dieser Tarifvertragsstatistik liegt nicht nur in der Bedeutung des Tarifvertragsproblems an sich, als einer volkswirtschaftlichen und rechtlichen Neuerscheinung von größter Tragweite, die berufen sein dürfte, den gewerblichen Arbeitsvertrag und das Arbeitsrecht für Millionen von Staatsbürgern von Grund aus umzugestalten, sondern vor allem auch in der statistischen Erfassung des Inhalts der Tarifverträge über Arbeitsdauer, Arbeitslöhne, Lohnsysteme usw. Wird diese Statistik in der richtigen Weise durchgeführt und bearbeitet, so können wir auf diesem Wege zu einer sehr brauchbaren Statistik der Arbeitsdauer und Arbeitslöhne der gewerblichen Arbeiterschaft. Daß dies keine Uebertreibung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß im Jahre 1909 bereits mehr als 1 Million gewerblicher Arbeiter in tariflich geregelten Arbeitsverhältnissen standen und daß der Geltungsbereich der Tarifverträge sich von Jahr zu Jahr erweitert. Schon das Jahr 1910 mit seiner großen Tarifbewegung im Baugewerbe hat eine erhebliche Erweiterung des Tarifbereichs gebracht und der neu entstehende Wirtschaftsausschwung wird die Zahl dieser Verträge bald verdoppeln. Schon heute umfassen diese Verträge 1 107 478 Arbeiter, also etwa 10,5 Proz. der 10 516 650 Arbeiter in Industrie und Handel. Von Jahr zu Jahr wird ein wachsender Teil dieser Arbeiterschaft erfasst und damit eine immer vollkommeneren Statistik der Arbeitsbedingungen möglich sein. Allerdings nur der tariflich vereinbarten Arbeitszeit und Löhne, nicht der wirklich geltenden. Aber liegt die letztere noch weit im Felde, so wirken die Tarifverträge auch im ausgleichenden Sinne, so daß diese Statistik schon eine sehr brauchbare Uebersicht ergeben würde.

Leider ist die amtliche Tarifvertragsstatistik noch so weit. Sie gibt nämlich keine Darstellung des Vertragsinhalts aller in Geltung befindlichen Tarifverträge, sondern nur der im Berichtsjahre in Kraft getretenen Verträge. Da solche Verträge vielfach auf die Dauer mehrerer Jahre abgeschlossen sind, so ändert sich von Jahr zu Jahr der bearbeitete Tarifbereich derart, daß jeder Vergleich erschwert ist. Um statistische Vergleiche der Tarifergebnisse der einzelnen Jahre zu ermöglichen, müßte alljährlich der gesamte Tarifbestand in die Bearbeitung einbezogen werden. Das geschieht leider erst nur hinsichtlich der Zahlen der Tarifverträge, Betriebe und Arbeiter, nicht aber hinsichtlich der Angaben über Arbeitsdauer, Lohnsysteme, Arbeitslöhne, Lohnzuschläge und dergl. Eine Vervollkommnung der Tarifstatistik in dieser Hinsicht wäre sehr erwünscht, weil dann erst diese Statistik ihre eigentliche Aufgabe erfüllen kann, ein Gradmesser der vertraglich geregelten Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reiche zu werden.

Das „Correspondenz-Blatt“ der Generalkommission unterzieht von diesem Gesichtspunkte aus die deutsche Tarifvertragsstatistik in seiner statistischen Beilage Nr. 9 einer eingehenden Bearbeitung. Es stellt die wesentlichen Ergebnisse der Sammelstatistiken von 1903, 1906 und 1909, sowie der Fragebogenstatistiken von 1907, 1908 und 1909 zusammen und weist daraus nach, wie verbesserungsbedürftig diese Statistik noch ist. Durch die Veröffentlichung in den statistischen Beilagen will das Blatt die Aufmerksamkeit der Gewerkschaftskreise und Arbeiterpresse auf die hohe Bedeutung dieser Statistik lenken und diese Kreise zur Mitarbeit an der Verbesserung derselben anregen.

In der Tat verdient diese Statistik die Beachtung der weitesten Arbeiterkreise. Sie erstreckte sich Ende 1909 auf einen Bestand von 6578 Tarifen für 137 214 Betriebe mit 1 107 478 Personen. Davon waren im Jahre 1909: 2300 Tarife für 30 706 Betriebe mit 256 116 Personen in Kraft getreten. Zählt man die denselben Betriebs- und Personenkreis betreffenden Tarife, die von mehreren Organisationen eingegangen sind, nur einmal, so vermindert sich

die Zahl für 1909 auf 2090 Tarife für 24 200 Betriebe mit 230 196 Personen.

Von diesen im Tarifbereich pro 1909 tätigen Arbeitern entfielen 34,7 Proz. auf das Baugewerbe, 14,3 Proz. auf die Metall- und Maschinenindustrie, 10,4 Proz. auf die Bekleidungsindustrie, 8,6 Proz. auf die Nahrungsmittel- und 8,5 Proz. auf die Holzgewerbe. Im Durchschnitt kamen auf jeden Tarifvertrag 110,1 Arbeiter (1908 = 201,1), und auf jeden tariflichen Betrieb 9,5 Arbeiter (1908 = 9,9). Auf Kleinbetriebe bis zu 5 Personen entfielen 28,7 Proz. (1908 = 27,5 Proz.), auf Großbetriebe über 50 Personen 9,7 Proz. (1908 = 9,0 Proz.) aller zu Tarifbedingungen beschäftigten Arbeiter. 1457 Tarife (69,7 Proz.) waren Firmentarife, 334 (16,0 Proz.) Ersttarife, 253 (12,1 Proz.) Bezirkstarife und 5 Reichstarife. Die Firmentarife vereinigten indes nur 19,9 Proz. der tariflichen Betriebe und 20,2 Proz. der tariflichen Arbeiter. Das System der Firmentarife ist in der Zunahme begriffen und besonders im Braugewerbe, in der Textilindustrie, im Bau- und Verkehrsgewerbe üblich.

Von organisierten Kontrahenten sind auf Arbeitersseite 1497 gleich 71,6 Proz., auf beiden Seiten nur 453 = 21,3 Proz. der Tarife abgeschlossen. 1499 Tarife wurden friedlich, 599 erst nach Kämpfen herbeigeführt. In der Textilindustrie gelang kein einziger Tarifvertrag ohne Kampf. Hier stehen den Arbeitgebern nicht weniger als 48 Streitversicherungsgesellschaften zur Seite; da gibt es so leicht keine friedlichen Tarifverträge. Trotzdem mußten die Arbeitgeber in 175 Verträge einwilligen.

Die Vertragsdauer währte bei 77,5 Proz. aller Verträge 1—2 Jahre, bei 6,7 Proz. kürzer, bei 7,8 Proz. länger, bei 8,0 Proz. unbestimmt. Die Kündigungs- und Unterhaltungsfrist überstieg selten 3 Monate. Hinsichtlich der Arbeitsdauer und Arbeitslöhne seien die Hauptergebnisse seit 1903 in Kürze zusammengefaßt:

1903: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 91,1 Proz. der Tarife, längere Arbeitsdauer 8,9 Proz. der Tarife.  
1905: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 79,5 Proz. längere Arbeitsdauer 8,3 Proz., unbestimmt 18,2 Proz. der Tarife.  
1906: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 85,9 Proz., längere Arbeitsdauer 11,6 Proz., unbestimmt 2,5 Proz. der Tarife.  
1907: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 94,8 Proz., längere Arbeitsdauer 5,4 Proz. der Arbeiter.  
1908: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 90,2 Proz., längere Arbeitsdauer 3,2 Proz., unbestimmt 6,7 Proz. der Arbeiter (Sommer).  
1909: Arbeitsdauer bis zu 10 Stunden täglich: 89,2 Proz., längere Arbeitsdauer 6 Proz., unbestimmt 4,8 Proz. der Arbeiter (Sommer).

Sind diese Prozentziffern auch nicht streng statistisch vergleichbar, da die Ziffern bis 1906 sich auf die Zahl der Tarife, die von 1907 ab sich auf die Zahl der Arbeiter erstrecken, und weiterhin die Ziffern von 1906 ab nur die im Berichtsjahre in Kraft getretenen Tarife betreffen, so läßt sich doch schon aus dieser Zusammenfassung unzweifelhaft das Streben nach Ausmerzung der längeren als zehnstündigen Arbeitszeit erkennen.

Auf dem Gebiete der Stundenlöhne hatten die bisherigen Statistiken folgendes Ergebnis:

Es waren Stundenlohnsätze vereinbart für männliche Arbeiter:  
1903 (meist Baugewerbe): über 45 Pf. Stundenlohn hatten 38,0 Proz.; zwischen 35 bis 45 Pf. hatten 33,7 Proz. und einen solchen bis zu 35 Pf. hatten 28,3 Proz. der Tarife.  
1905 (nur Baugewerbe): über 45 Pf. Stundenlohn hatten 38,6 Proz.; 35 bis 45 Pf. hatten 40,2 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 21,2 Proz. der Tarife.  
1906: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 37,4 Proz.; von 35 bis 45 Pf. hatten 31,9 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 30,7 Proz. der Arbeiter.  
1907: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 45,3 Proz.; von 35 bis 45 Pf. hatten 39,3 Proz. und bis zu 35 Pf. hatten 14,4 Proz. der Arbeiter.  
1908: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 42,1 Proz. der gelernten und 23,5 Proz. der ungelerten Arbeiter; von 35 bis 45 Pf. hatten 32,2 Proz. der gelernten und 29,5 Proz. der ungelerten Arbeiter und bis zu 35 Pf. hatten 25,7 Proz. der Gelernten und 47,0 Proz. der Ungelernten (Arbeiter).  
1909: über 45 Pf. Stundenlohn hatten 50,9 Proz. der Gelernten und 23,4 Proz. der ungelerten Arbeiter; von 35 bis 45 Pf. hatten 38,1 Proz. der Gelernten und 41,7 Proz. der Ungelernten und bis zu 35 Pf. hatten 11,6 Proz. der Gelernten und 31,9 Proz. der Ungelernten (Arbeiter). (Schluß folgt.)

## Die Forderungen der städtischen Arbeiter von Barmen und Elberfeld für 1911.

Als im Frühjahr dieses Jahres unsere Forderungen in der Gemeinschaftskommission von Barmen und Elberfeld, später in den Stadtparlamenten beraten und die verkürzte Arbeitszeit sowie jede Lohnerhöhung abgelehnt wurde, äußerten alle städtischen Arbeiter den Wunsch, die abgelehnten Forderungen erneut einzubringen.

Inzwischen sind in Elberfeld für alle Betriebe, Schlacht- und Viehhof ausgeschlossen, Arbeiterausschüsse errichtet. Es sind gewählt:

Für das Gas- und Wasserwerk 9 Vertreter, 9 Erfahrente, davon gehören je 2 dem S.-D. Gewerbeverein an.

Für das elektrische Werk 5 Vertreter, 5 Erfahrente, davon gehören je 2 dem S.-D. Gewerbeverein an.

Für das Tiefbauamt 7 Vertreter, 7 Erfahrente.

Für die Stadtgärtnerei 3 Vertreter, 3 Erfahrente, davon gehört je 1 Mann dem christlichen Verbands an.

Im Arbeiterauschuss des Tiefbauamtes ist der Sielbetrieb, die Straßenreinigung, die Müllabfuhr und der Begebau vertreten. Bei der Wahl selbst sind unsere Listen glatt gewählt worden. Da wo Gewerkschaftler gewählt wurden, sind von uns keine Kandidaten aufgestellt worden. Diese Ausschüsse nahmen in einer gemeinschaftlichen Sitzung, an welcher auch die Ausschüsse von Barmen teilnahmen, zu den oben erwähnten Forderungen Stellung. Von unserer Seite war ein Lohnstarif mit sechs Lohnklassen provisorisch ausgearbeitet und wurde jedem Anwesenden schriftlich unterbreitet. Auch die Gewerkschaftler brachten ihren vorläufigen Lohnstarif wieder zum Antrag. Dieser sah vier Lohnklassen vor, nicht fünf, wie das „Korrespondenzblatt“ vom 1. Dezember berichtet. Ebenso sind die einzelnen Lohn Tabellen nach dem Entwurf der Gewerkschaftler nicht richtig wiedergegeben. Erwähnt sei nur, daß der Anfangslohn in der vierten Lohnklasse nicht 4 Mk., sondern 3,80 Mk. betragen sollte. Die Lohnklasse für jugendliche und neu einzustellende alte Arbeiter war in dem Entwurf gar nicht vorgesehen. Man wollte also diese Arbeiter aus dem Lohnstarif gänzlich ausschalten. Es war dann wenigstens den Unterbeamten freigestellt, die Leute zu entlohnen, wie sie es gerade für gut hielten. Mit Recht betonte Kollege Schoer-Barmen, daß eine Festsetzung der Löhne für diese Arbeiter nötiger sei als alles andere. Ueberhaupt war der Entwurf nur halbe Arbeit. Als unser Gauleiter fragte, in welche Lohnklasse die Abfuhrarbeiter, die Straßenreiniger usw. sollten, erklärte Herr Wilde, von diesen Leuten haben wir keine organisiert und haben sie deshalb auch nicht mit angeführt. Und so etwas nennt man dann Lohnstarif, wo die Hälfte der städtischen Arbeiter gar nicht vorgesehen sind. Der ganze Entwurf war nur darauf zugeschnitten, für einzelne Gruppen im Außenbetriebe des Elektrizitätswerkes und des Gaswerkes höhere Löhne zu fordern. An die Allgemeinheit hatte man nicht gedacht. Trotzdem wurde eine Einigung geschlossen, indem man die in unserem Entwurf bestehenden sechs Lohnklassen annahm und einige Arbeiterkategorien einer höheren Lohnklasse zuteilte. Ueber die einzelnen Lohnklassen stimmten die Gewerkschaftler mit ab, so daß beiden Teilen Rechnung getragen und ein weiteres Zusammenarbeiten ermöglicht war. Aber die Gewerkschaftler wollten es anders. Am 10. November ging unserem Gauleiter ein Schreiben des Vorsitzenden des Gewerbevereins zu, in dem betont wurde, daß der Vorsitzende nach reiflicher Ueberlegung und nach Rücksprache mit seinen Kollegen in der Zentrale zu der Einsicht gekommen sei, daß der von den Arbeiterausschüssen ausgearbeitete Lohnstarif nicht eingereicht werden könne. Nun überlege man, die Beschlüsse, welche von ungefähr 50 Arbeiterausschussmitgliedern und sonstigen Vertrauensleuten gefaßt waren, kann der Vorsitzende der Gewerkschaftler nicht gutheißen, und er als auch seine Anhänger haben in der gemeinschaftlichen Sitzung selbst mit für die gefaßten Beschlüsse gestimmt. Von einem Protest der Gewerkschaftler ist durchaus nichts bekannt und diese Behauptung im „Korrespondenzblatt“ lediglich erfunden, und wahrscheinlich nur deshalb, um die ganze Sache den Hirsch-Dunderschen Mitgliedern schmackhafter zu machen. Erst in einer Mitglieder-versammlung nach jener gemeinschaftlichen Arbeiterausschuss-sitzung wollen die Hirsche zu dem Resultat gekommen sein, daß die gemeinschaftlichen Sitzungen mit uns keinen praktischen Wert haben und sie deshalb selbstständig arbeiten müßten. Uns kann das nur recht sein, denn wir sind an beiden Orten so stark, daß wir die Hirsche bisher noch nicht gebraucht haben und sie auch in Zukunft nicht gebrauchen. Wir können unsere Forderungen zu jeder Zeit selbst vertreten. Wir haben aber die Hand zum Frieden geboten, wir haben gezeigt, daß Gesinnungsgegenjäger hintanzustellen sind,

wenn es gilt, für die städtischen Arbeiter etwas herauszuschlagen. Aber die Hirsche sind damit nicht einverstanden, ihnen geht die Zersplitterung über alles. Mögen unsere Arbeitskollegen die nötigen Konsequenzen daraus ziehen. In einer nochmaligen Versammlung der Barmen als auch der Elberfelder Kollegen wurde zu dem arbeiterschädigenden Treiben der Hirsche Stellung genommen und beschlossen, folgende Forderungen an die Verwaltungen und Stadtverordneten beider Städte einzubringen:

1. Einführung der achttündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter, die in Wechselshiften arbeiten, als auch für die Kanalarbeiter.

2. Einführung der neuntündigen Arbeitszeit für alle anderen Tagesarbeiter.

3. Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung für alle Betriebe, soweit dies noch nicht geschehen ist.

4. Festsetzung folgender Lohnordnung:

Lohnklasse I. Obermaschinisten, Bohrerarbeiter beim Gaswerk, Feinmechaniker, Obermonteure: 5 bis 6 Mk.

Lohnklasse II. Handwerker, Maschinisten, Ofenarbeiter, Schalthüter, Fählraufnehmer, Heizer und solche ungelernete Arbeiter, die nach fünfjähriger Dienstzeit selbstständig arbeiten können: 4,60 bis 5,60 Mk.

Lohnklasse III. Hilfsmonteure, Hilfskesseltücker, Hilfsmaschinisten, Hilfsheizer, Zuschläger, Bohrerarbeiter der Stadtgärtnerei, des Sielbetriebes, des Tiefbauamtes, des Schlacht- und Viehhofes und Lampenwärter: 4,50 bis 5 Mk.

Lohnklasse IV. Maschinenspüher und Schmierer, Generatorarbeiter, Kofslöcher, Rotorenwärter, Wassergasarbeiter, Betriebsarbeiter des Sielbetriebes, Heizer an Zentralheizungsanlagen, Kohlenfahrer, Reinigungsarbeiter der Gasanstalt, Hilfsarbeiter der gewerblichen Betriebe: 4,30 bis 4,80 Mk.

Lohnklasse V. Arbeiter der Straßenreinigung, Hilfsarbeiter der Stadtgärtnerei, Abfuhrarbeiter, Hofarbeiter, Schlacht- und Viehhofarbeiter, Kesselführer, Begebauarbeiter: 4 bis 4,50 Mk.

Lohnklasse VI. Jugentliche und neu einzustellende alte, nicht mehr vollkräftige Arbeiter: 3,50 bis 4 Mk.

Die Lohnsteigerung erfolgt alljährlich zum 1. April und beträgt in den beiden ersten Lohnklassen 20 Pf., in den vier anderen Lohnklassen 10 Pf. pro Tag und Jahr, so daß der Höchstlohn in allen sechs Lohnklassen mit dem fünften Dienstjahre erreicht wird.

An den jeweiligen Lohnaufbesserungen nehmen alle die Arbeiter teil, welche vor dem 1. Januar des betreffenden Jahres in städtische Dienste getreten sind.

Die gegenwärtig bestehenden besonderen Vergünstigungen bleiben wie bisher bestehen.

Werden Hilfsarbeiter, die selbstständig arbeiten, nach der Lohnklasse der Handwerker verest, so geschieht das unter Beibehaltung des bisher bezogenen Lohnes. Sie steigen dort weiter nach den Bestimmungen der Lohnordnung bis zum Höchstlohn der betreffenden Lohnklasse.

Bei der Ueberführung der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter unter die Bestimmungen der neuen Lohnordnung werden die bisherigen Dienstjahre in Anrechnung gebracht.

An den Kollegen ist es nun, die uns noch Fernstehenden aufzuklären über den Wert der Organisation. Sorge ein jeder dafür, daß auch der letzte indifferenten Arbeiter dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zugeführt wird. Es wird dies jetzt um so leichter sein, denn das Treiben unserer „Freunde“ im Hirsch-Dunderschen Lager wird und muß auch dem rüchständigsten Arbeiter die Augen öffnen. Hand ans Werk!

## Unsere Lohnforderungen in Hannover.

Schon seit Jahren fordern die städtischen Arbeiter Hannovers eine nennenswerte Lohnzulage und bessere Regelung der jetzigen Löhne. Leider bisher immer vergeblich. In dieser Beziehung hat sich in Hannover recht wenig geändert. Allerdings, wer die Verhältnisse Hannovers kennt, wird das nicht weiter verwunderlich finden. In erster Linie lassen die städtischen Arbeiter selbst das nötige Interesse für ihre Forderungen stark vermissen. Die Arbeiter glauben, wenn sie einmal etwas gefordert haben, brauchen sie sich nicht weiter darum zu kümmern, was aus ihren Forderungen wird. Selbstverständlich hat die Stadtverwaltung noch weit weniger Interesse an den Forderungen der Arbeiter, daher kommt es denn, daß die Arbeiter wenig beachtet und ihre Forderungen einfach ignoriert werden. Es ist ein großer Mangelstand, daß es der Arbeiterschaft Hannovers unmöglich ist, auch nur einen ihrer Vertreter in das Bürgervorsteherkollegium zu entsenden, um dort auch einmal die Wünsche und Interessen der Arbeiter zur Sprache zu bringen. So oft die städtischen Arbeiter Lohnforderungen beim Magistrat einreichen, immer kommt derselbe Bescheid zurück, die Arbeiter sollen sich an ihre Dienststellen wenden. Trotzdem auch dem Ro-

gisiert nicht unbekannt ist, daß die Arbeiter von den Betriebsleitern schon zurückgewiesen sind. Die Betriebsleiter wissen ja ganz genau, daß der Magistrat die Arbeiter auch wieder zurückweist, mithin haben sie ebenfalls keine Heide, auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen. Der Magistrat kann hier diese Taktik befolgen, weil er sicher ist, daß er deswegen vom Bürgervorsteherkollegium angefohlen bleibt. Ueberhaupt wagt es schon kein Bürgervorsteher, gegen den allgewaltigen Herrn Stadtdirektor zu opponieren, am allerwenigsten in Arbeiterfragen. Der Stadtdirektor kennt seine Leute im Bürgervorsteherkollegium zu gut und weiß, was er ihnen bieten darf. Wenn unter diesen Umständen die städtischen Arbeiter trotzdem einmal Forderungen stellen, dann ist es die äußerste Not, die dazu treibt. Das Geld ist wahrhaftig groß genug unter den städtischen Arbeitern. Die gesteigerten Preise für alle Lebensbedürfnisse heben vielfach in großem Mißverhältnis zu dem Arbeitsverdienst. Die Anfangslöhne betragen jetzt noch für ungelernete Arbeiter 32 Pf. pro Stunde. Von einem derartigen Einkommen eine Familie zu ernähren, ist vielleicht noch in den Kleinstädten eben möglich, in den Großstädten ist das direkt unmöglich. Die wöchentlichen Ausgaben für den Nahrungsmittelaufwand betragen für eine vierköpfige Familie in Hannover 24,03 Mk. Stellt man dieser Summe gegenüber den Wochenverdienst der Arbeiter, so ergibt sich ein Betrag, der die Durchschnittssumme für Lebensmittelbeschaffung nicht erreicht. Zu diesen Kosten kommen aber noch die Ausgaben für die übrige Lebenshaltung und die Miete. Daraus erklärt sich denn auch die große Notlage der städtischen Arbeiter und das Drängen, von der Stadtverwaltung eine Aufbesserung ihrer Löhne zu fordern.

Die Forderungen sind folgende:

Der Anfangslohn für ungelernete Arbeiter beträgt in allen Betrieben 4 Mk. pro Tag. Jedes Jahr soll eine Steigerung von 10 Pf. eintreten, bis nach 10 Dienstjahren der Höchstlohn von 5 Mk. erreicht ist. Gelernete Arbeiter fordern einen Anfangslohn von 5 Mk. pro Tag, steigend jährlich um 10 Pf., bis nach 10 Dienstjahren der Höchstlohn mit 6 Mk. erreicht ist. Außerdem fordern die Arbeiter der Kanalisation und Wasserwerke für Wagenfahrer und Kolonnenführer einen Zuschlag von 25 Pf. pro Tag. Rohrleger sollen einen Anfangslohn von 4,50 Mk. erhalten, steigend jährlich um 10 Pf., bis nach 10 Dienstjahren der Höchstlohn mit 5,50 Mk. erreicht ist. Den Arbeitern bei den Hausanschlüssen soll außerdem bei Wasserarbeiten ein Zuschlag von 50 Proz. sowie ein wasserdichter Anzug geliefert werden. Ferner fordern die Arbeiter bei der Straßenreinigung für die beim Wechselbodenputzen beschäftigten Arbeiter einen Zuschlag von 50 Pf. pro Tag sowie Vabegünstigung und Freigabe des dritten Sonntags. Die Arbeiter der Gartenverwaltung fordern für das Fällen großer Bäume sowie Feuchtreinigen neben dem entsprechenden Teil des Lohnes einen Zuschlag von 25 Proz. Gärtnergehilfen fordern einen Anfangslohn von 4,50 Pf., steigend jährlich um 10 Pf., bis nach 10 Dienstjahren der Höchstlohn mit 5,50 Mk. erreicht ist. Die bisherige Dienstzeit soll bei allen Arbeitern in Anrechnung gebracht werden. Verlangt wird ferner Bezahlung der in die Woche fallenden gesetzlichen Sonn- und Feiertage. An den Tagen vor den hohen Festtagen soll zwei Stunden früher Feierabend sein, ohne daß dafür Lohnabzug erfolgt. Für Überstunden werden 25 Proz. für Sonntags- und Nacharbeit 50 Proz. Zuschlag verlangt. Dann sollen noch in allen Stadtteilen Unterkunftsräume für die Arbeiter der Kanalisation geschaffen werden.

Die Arbeiter haben in einer Reihe von Betriebsversammlungen sich mit ihrer traurigen wirtschaftlichen Lage beschäftigt und, der Not gehorchend, beschlossen, der Stadtverwaltung Lohnforderungen zu unterbreiten. Zu diesem Zwecke wurde eine Kommission gewählt, die die zu stellenden Forderungen ausarbeiten sollte. Die Lohnkommission hat sich ihrer Aufgabe in mehreren Sitzungen erledigt und das gezeitigte Ergebnis, die oben mitgeteilten Forderungen einer öffentlichen Versammlung, die am 4. Dezember tagte, vorgelegt. Die von der Kommission aufgestellten Forderungen fanden einstimmige Annahme von der gut besuchten Versammlung.

### Breslauer Sozialpolitik.

Am 14. Dezember fanden hier die Generalversammlungen der Kommunalen und der Betriebskrankenkasse für die gewerblichen Betriebe statt. Dabei spielten sich zwei kleine Zwischenfälle ab. Die Vertreter beider Versammlungen wählten den Mediziner Keulrich in den Revisionsausschuß. Während nun der gemeinsame Vorsitzende, Herr Direktor Leitgeb, sich mit der Wahl des Genossen Keulrich in den Revisionsausschuß der Kasse der Gaswerke usw. ruhig abfand, stimmte er bei der kommunalen Betriebskrankenkasse ein entrüstetes Signal ab. Die Wahl sei ein Mißtrauensvotum gegen seine Geschäftsführung. Er habe sich um die Kasse so bemüht, daß er diese Wahl nicht verdient habe usw. Zu-

vor hatte der Herr schon betont, er wünsche, daß nur Mitglieder der Kasse gewählt würden. Wir können Herrn Leitgeb zur Veruhigung sagen, daß die Arbeiter und ihre Vertreter gegen Herrn Leitgeb und seine Geschäftsführung keinerlei Mißtrauen hegen. Jetzt allerdings fragen sich die Arbeiter, wozum ist Herr Leitgeb der Genosse Keulrich in der einen Kasse genehm und nicht auch in der anderen. Warum hat Herr Leitgeb mit seinem Verhalten zu der fertigen Wahl allzu gefällige Vorstandsmitglieder indirekt veranlaßt, eine nochmalige Abstimmung zu beantragen. Warum sollen im Revisionsausschuß der kommunalen Betriebskrankenkasse von der Stadt abhängige anstatt unabhängige Personen sitzen? Herr Leitgeb hat mit seinem Verhalten das Mißtrauen der Arbeiter erst erregt.

Den Vertretern der Betriebskrankenkasse für die Gaswerke usw. lag ein Antrag vor, nach welchem das Krankengeld für die ersten 14 Tage der Krankheit um 50 Proz. gekürzt werden sollte. Hiergegen wandten sich die Arbeitervertreter mit aller Energie. Herr Leitgeb meinte, es könne den Arbeitern doch gleich sein, da ja der Magistrat die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahle. Die Arbeitervertreter hielten ihm aber entgegen, daß die Differenz in der Regel erst nach der Genesung bezahlt würde, und dann sei es mit der Bezahlung der Differenz überhaupt so ja? Ein kleiner Beamter gab dabei der Meinung der Arbeiter treffenden Ausdruck. Des veranlaßte Herrn Direktor Meuser, den zweiten Vorsitzenden der Krankenkassen, den angeblickt gegen ihn gerichteten Vorwurf zurückzuweisen, als wenn er die Differenz nach Gunst bezahle. Auf Herrn Meuser hatte der Arbeitervertreter aber gar nicht Bezug genommen, sondern ganz allgemein der Meinung der Arbeiter Ausdruck gegeben. Dabei vertieg sich Herr Meuser zu der unerhörten Drohung dem Vertreter gegenüber: „Es wird für Sie noch ein Nachspiel haben.“ Wir erwarten, daß der Magistrat nicht den Vertreter, sondern Herrn Meuser energisch rüffelt. Der Vertreter hat nur seine Pflicht getan, dafür ist er gewählt. Herrn Meusers Drohung aber ist ein Hebergriff. Herr Leitgeb wieder hielt es für unmöglich, daß die Differenz erst nach der Genesung bezahlt werde, anstatt allwöchentlich.

Herrn Leitgeb bitten wir deshalb, uns doch einmal durch die Betriebe zu begleiten. Fangen wir bei den ihm unterstellten Betrieben, den Elektrizitätswerken, an: Dreimal waren Arbeiter je zwei Wochen krank, zweimal je eine Woche, einmal elf Tage, einmal drei Wochen, einmal 3½ Wochen, zweimal je vier Wochen und zweimal je fünf Monate; sie erhielten bis auf einen Fall die Differenz nach der Genesung. In dem einen Falle hat ein fünf Monate kranker Arbeiter überhaupt keine Differenz erhalten. Der eine Arbeiter mit vierwöchentlicher Krankheit in Summa 6,40 Mk.

Gaswerk 4: zweimal waren je zwei Arbeiter je fünf Wochen krank, fünfmal je drei Wochen, neunmal je zwei Wochen, siebenmal je vier Wochen, dreimal je eine Woche, einmal acht Wochen, viermal je elf Tage und dreimal je vier Monate. Die Differenz wurde in allen Fällen nach der Genesung bezahlt, und zwar in zwei Fällen drei Wochen nach der Genesung, in vier Fällen vier Wochen und in einem Falle sechs Wochen nach der Genesung.

So könnten wir durch alle Betriebe mit Ausnahme der Rohstoffverwaltung daselbe beweisen. Besonders im Gaswerk 2 und im Gasen kommen vielfach Fälle vor, wo die Differenz überhaupt nicht bezahlt wird. Daran reiht sich würdig die Parkverwaltung.

Wie wenig Herr Meuser zu seiner Entrüstung berechtigt war, wollen wir an der Hand von Tatsachen seines eigenen Betriebes beweisen. Sofort nach Schluß der besagten Vertreterversammlung erklärten Vorstandsmitglieder der Kasse, daß ihr zweiter Vorsitzender, also Herr Meuser, einmal in einer Vorstandssitzung gesagt hat: dem „Würdigen“ gibt er den Zuschuß (Differenz). Wer ist denn würdig? Dieser Anspruch beweist ja gerade das Gegenteil. Dieses Jahr im Mai waren im Gasen fünf Arbeiter krank. Ein Mann erhielt 5 Mk. Differenz, einer 8 Mk., einer 12 Mk. Bei zweien war ein kleiner Vorzuschuß mit verrechnet worden, der aber mit den ausbezahlten Beträgen nicht die Summe ausmachte, die ausbezahlen gewesen wäre. Zwei Mann erhielten die Differenz nicht.

Warum werden denn im Gasen die Voten und andere Leute zu den Arbeitern gesandt, die die Differenz beanspruchen? Sollen sie nicht machen, was nach an Rebellen da ist? Warum lassen sich denn Arbeiter vom Hauswirt bei der Mietzahlung einen späteren Datum einfordern resp. bezahlen die Miete später? Weil die Arbeiter befürchten, sonst der Differenz verlustig zu gehen. Herr Meuser hätte sich im eigenen Interesse lieber nicht aufregen sollen.

Der Magistrat hat aber alle Veranlassung, seinen Beamten generelle Anweisung zu geben, daß im Krankheitsfalle die Differenz entsprechend bezahlt wird. Bei der jetzigen Methode muß ein Günstigstem Platz greifen, denn die Beamten sind eben auch fehlerhafte Menschen. Der kranke Arbeiter braucht den Differenzbetrag während seiner Krankheit am nötigsten, nicht vier bis sechs Wochen nach Gesundung. Warum kann der Betrag im Notfall allwöchentlich ausbezahlt werden?

Wenn die öffentliche Kritik sich an Breslauer Gemeindefreie heranmacht, dann wird gewöhnlich Magistrat und Beamenschaft nervös. Herr Reuser ist aber in der letzten Krankenkassenversammlung bewiesen, daß den Arbeitern ein anderer Weg nicht bleibt. Mit Recht sagen die Arbeitervertreter, was sollen wir tun? Wenn wir vertreten, was nötig ist, dann wird dies ein Nachspiel für uns haben!

## Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

### I.

Genosse Otto Bauer veröffentlicht im „Kampf“, dem trefflich redigierten wissenschaftlichen Organ der österreichischen Sozialdemokratie, einen Artikel, der in wahrhaft plattischer Weise die Entwicklungstendenzen der modernen Gewerkschaftskämpfe schildert. Wir geben nachstehend den Hauptteil der interessanten Darstellung wieder:

Die Älteren unter uns erinnern sich noch der großen Streikwelle, die sich zur Zeit der ersten Reise über Oesterreich ergoß. Einem Elementarereignis gleich, unvorbereitet, die plötzliche Entschickung eines Augenblicks — so brach damals der Streik aus. Eine zündende Rede, ein zufälliger Zwist in der Fabrik brachte den lange angehäufte Ingrimms zur Explosion. Ohne bestimmtes Ziel, ohne klaren Plan traten die Arbeiter in den Ausstand. Der Streik war nicht mehr als der elementare Ausdruck ihres Erwachens — die Zeit der Slavendemut ist vorüber, nun muß es endlich, endlich besser werden! Als eine Rebellion erschien der Streik den Unternehmern und den Behörden. Welch erschütternde Wendung, da plötzlich die demütigen Sklaven, die gestern noch dem gnädigen Herrn die Hand geküßt, den Gehorsam verweigerten! Ueberrascht, erschreckt, eingeschüchtern fanden die Unternehmer dem Unerwarteten gegenüber. In blinder Angst erfüllten sie die Forderungen der Arbeiter.

Nun begannen die Arbeiter die ersten leicht errungenen Siege auszunützen. Die Gewerkschaften entstanden. Sie sammelten den Kriegsschatz für kommende Kämpfe. Der Streik wurde allmählich zum planmäßig vorbereiteten, nüchtern erwogenen Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes, zu einer alltäglichen Erscheinung des Wirtschaftslebens. Für die Unternehmer wird der Streik ein nückhernes Rechenexempel: Was schmälert den Profit mehr, die Bewilligung der Forderungen oder die Fortdauer der Betriebs-

stillung? Die Konkurrenz unter den Unternehmern nützt dem Streik aus: wenn der Streik den Betrieb des Herrn Müller stilllegt, nimmt ihm Herr Schulze seine Kundschaft weg! So können die Gewerkschaften einen Unternehmer nach dem anderen angreifen. Das Ergebnis dieser Streitperiode ist eine bedeutende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse: Steigen der Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Erstarben der Gewerkschaften, Entwicklung des kollektiven Arbeitsvertrages.

Aber die Erfolge der Arbeiter zwingen die Unternehmer zur Abwehr. Auch sie suchen nun in der Organisation ihr Heil. Mit den Kartellen, die den Warenmarkt beherrschen, entwickeln sich die Arbeitgeberverbände, die den Arbeitsmarkt regulieren. Der Streik im einzelnen Betrieb ist nicht mehr möglich: stellen die Tischler in einer Wiener Werkstätte die Arbeit ein, so sperren die Unternehmer alle Tischlergehilfen Wiens aus. Unternehmerorganisationen und Arbeiterorganisationen wetteifern im Ausbau der Organisation, in der Sammlung des Kriegsschatzes. Von Zeit zu Zeit stehen sie im Kampf. Sein Ergebnis wird in einem Tarifvertrag, der für alle gleichartigen Unternehmungen einer ganzen Stadt oder eines Industriegebietes gilt, festgelegt. Nach einigen Jahren, wenn der Vertrag wieder abgelaufen, ringen die beiden Mächte um einen neuen Vertrag.

Aber auch diese Entwicklungsphase bringt den Arbeitern noch große Erfolge. Die Unternehmer sind unzufrieden. Sie sehen, daß sie die Bauarbeiter in München nicht bezwingen können, wenn die Bauarbeiter ganz Deutschlands ihnen helfend zur Seite stehen. Darum wollen sie den Kampf gleichzeitig auf der ganzen Linie aufnehmen. Auch die härtesten Gewerkschaften müssen wohl versagen, wenn sie Hunderttausende ausgesperrter Arbeiter im ganzen Reiche wochenlang unterstützen sollen. Die Arbeitgeberverbände im deutschen Baugewerbe geben den lokalen Vereinigungen den Auftrag, alle Tarifverträge bis zum 31. März 1910 abzuschließen. Am 1. April 1910 zwingt man die Arbeiter zum Kampf; 187 000 Arbeiter werden ausgesperrt, sie und ihre Familienangehörigen, zusammen wohl 400 000 Personen, sind zum Hungern verurteilt. Die Unternehmer, die sich der Aussperrung nicht anschließen wollen, werden dazu gezwungen: die organisierten Baumaterialienhändler und Baugewerkschaften verweigern ihnen die Lieferung von Baumaterial, der Stahlwerkverband verweigert ihnen die Lieferung von Baueisen. Über eine Reihe zufälliger Umstände begünstigt den Kampf der Arbeiter. Die Unternehmerorganisation wird geschlagen. Was ihr diesmal noch nicht gelungen, wird sie das nächste Mal mit verstärkter Kraft versuchen.

Ähnliche Erscheinungen finden wir in den anderen Industriegruppen. Die streikenden Arbeiter der Schiffswerften wollen sich dem Diktat der Unternehmer nicht fügen: sofort drohen die Unternehmerverbände, daß sie 400 000 Metallarbeiter in ganz Deutschland entlassen werden; nur mit Mühe gelingt es, die Riesenaussperrung diesmal noch zu vermeiden. In einer englischen Spinnerei wird ein Vertrauensmann entlassen. Die Arbeiter der Spinnerei stellen die Arbeit ein. Darauf sperrt am 3. Oktober die Vereinigung der Baumwollspinnereibesitzer von Lancashire 700 Betriebe, in denen

## Die göttliche Weltordnung.

Eine Weihnachtsgeschichte von D. R.

Von Norden her zogen über die Häuser dicke Schwaden schwarzen Rauchs, die drüben einem Esfenwald entstiegen. Dann zertriebte die Masse und senkte sich in großen Flöden nieder auf Dächer, Straßen und in die Höfe. Die blendend weiße Schneedecke, die seit einigen Tagen über der Flur lag, verwandelte sich dadurch in Grau und gab der Vorstadt jenes Gepräge, das der Umgebung von Fabriksstädten eigen ist. Nun war noch ein scharfer Frost ausgetreten. Wer hinaus mußte, hüllte sich ein und lief, so schnell ihn seine Füße trugen. Brunnen und Bäche waren fast bis auf den Grund gefroren, lange Eiszapfen reichten von den Dächern bis fast an die Fenster der obersten Stockwerke.

Just dort, wo eine Brücke die Ufer des Flusses verband, stand noch ein einzelnes Haus. An den Fensterreihen desselben zeichneten sich Kristallblumen ab, aber an den beiden Fenstern über dem Haustrur war der Reif so dicht, daß man die Scheiben für Milchglas halten konnte. Nur in der Mitte der zwei unteren befanden sich dunklere Flecken, so, als ob man den Versuch gemacht hätte, durch Anhauchen einen Ausguck zu schaffen. Dieser Umstand ließ darauf schließen, daß die Insassen wenig oder gar nicht heizten.

Ueber die Brücke her ergoß sich jetzt ein Schwarm lärmender Kinder, die aus der Schule kamen. Ein anderer Schwarm verachtete diesen Weg und stürmte die Böschung hinab, um die Brücke, die Meister Frost gebaut hatte, zu benützen. Das war ein Johlen und Tollen der Schar, die der Kälte nicht achtete.

Ein etwa zehnjähriger Knabe löste sich von dem Schwarm und verschwand in dem Hause an der Brücke. Für ihn mochte es auch

hohe Zeit sein, ein schändes Dach zu erreichen, denn für diese Witterung war er doch gar zu dürrig gekleidet. Als er die Treppe emporstieg, bewegte er sich lebhaft hin und her, als wolle er die Kälte von sich abschütteln. Im Gegensatz zu seinem vorigen Gebaren stand die behutsame Art, mit der er die Wohnung betrat, so, als fürchte er, irgend jemand zu stören. Raum aber hatte er seine Hächer an dem gewohnten Plage abgelegt, als eine Stimme durch eine offenstehende Tür drang:

„Männlein, Männlein, bist Du da, mein Junge?“

Sofort wandte sich der Junge dem Nebenraum zu. Dort lag auf dürftigem Lager ein etwa vierzigjähriger Mann, abgedämmt, bleich und die Spuren einer langwierigen Krankheit im Gesicht. Der Knabe schmeigte sich an ihn und der Kranke fuhr ihm lächelnd mit der Hand über den Kopf.

„Armer Junge“, flüsterte er, „nun ist es schon die zweite Weihnacht, daß Du und Deiner Schwester keine Freude wird.“

„Friede Dir, mein Junge?“ fuhr der Kranke fort, als ein leises Erschauern durch den Körper des Knaben ging. Dieser schüttelte mit dem Kopfe, obwohl die grimme Kälte ihm die Glieder krampfte. Dann brach der Knabe in ein heftiges Schluchzen aus.

Die Tränen des Kindes riesen in dem Manne das ganze Gland der letzten Jahre wach. Vor zwei Jahren setzte es ein. Da war es kurz vor Weihnachten mit der Arbeit alle. Vergeblich mühte er sich um andere Arbeit. Aber den Kindern konnte er doch noch eine Freude machen. Dann stieg die Not. Die Mutter ging auf Arbeit, aber es langte nicht. Ein Stück der entbehrlichsten Gegenstände nach dem anderen wanderte ins Leihhaus, oder mußte verkauft werden, nur um das Leben zu fristen. So hatte es ihn niedergedrückt. Nun lag er schon die zweite Weihnacht krank. In der höchsten Not hatte sich seine Frau an seinen Bruder gewandt. Der hatte den Notschrei auch erhört, indem er einen Sack Kartoffeln

samt 150 000 Arbeiter beschäftigt sind. Auch in Oesterreich bereiten die Unternehmer solche Klassenkämpfe vor. Auch hier schließen die Unternehmerverbände alle Tarifverträge so ab, daß sie in demselben Augenblick ablaufen. Im Jahre 1913 müssen 2000 Tarifverträge erneuert werden.

Die Zeit des isolierten Streiks im einzelnen Betriebe ist vorbei. Die Zeit der lokalen Kämpfe einer ganzen Branche in einer ganzen Stadt wird morgen vorüber sein. Die wirtschaftliche Entwicklung treibt zu riesigen Massenkämpfen, in denen Hunderttausende gleichzeitig im Feuer stehen. Solche Kämpfe werden zur Sache der ganzen Arbeiterklasse. Wenn alle Bauarbeiter Deutschlands ausgesperrt werden, treten ihnen die Metallarbeiter und die Holzarbeiter, die Textilarbeiter und die Bergarbeiter helfend zur Seite: die ganze Arbeiterklasse stellt den Ausgesperrten ihre Ersparnisse zur Verfügung. Aber die Solidarität der Arbeiter weicht auch das Solidaritätsgefühl der Unternehmer. Die Kosten der letzten Tischlerausperrung in Wien wurden von den reichsten Metallindustriellen Oesterreichs, von Krupp und Schöller, getragen. Das ist der erste Schritt. Der zweite wird folgen: Wenn die Tischler Wiens sich dem Diktat der Unternehmer nicht fügen, sperrt Krupp in Berndorf, Schöller in Ternitz seine Arbeiter aus.

Wir haben diese Entwicklung in Schweden gesehen. Im Sommer 1909 wurden die Arbeiter in der schwedischen Herrenkleiderkonfektion ausgesperrt, weil sie eine Lohndreherhöhung nicht hinnehmen wollten. Gleichzeitig wurden aus ähnlichen Gründen die Arbeiter der Zelluloseindustrie und die Arbeiter einiger Wasserwerke ausgesperrt. Nun stellt der Arbeitgeberverband sein Ultimatum: Wenn nicht bis zum 26. Juli 1909 alle diese Lohnkämpfe zu den von den Unternehmern gestellten Bedingungen beendet sind, werden die Arbeiter der Textilindustrie, der Sägewerke und der Holzschleifereien, insgesamt 50 000 Personen, ausgesperrt. Rührt auch dies nichts, dann werden am 2. August auch die Arbeiter der Eisenhüttenwerke, 90 000 Mann, auf die Straße gesetzt. Fügen sich die Arbeiter auch dann nicht, dann werden alle Betriebe der im Unternehmerverband vereinigten Unternehmer gesperrt. . . . Auf diese Drohung antworten die Gewerkschaften mit der Proklamierung des Generalstreiks. 300 000 Arbeiter treten in den Ausstand. Aus dem Streit in der Herrenkleiderkonfektion ist ein Klassenkampf geworden, an dem die ganze Arbeiterklasse beteiligt ist.

Die Stilllegung der Arbeit im ganzen Lande wird zur Berechtigung für die ganze Gesellschaft. Auch die unbeteiligten Schichten des Bürgertums sehen ihre Lebensgewohnheiten gestört. Wohl nehmen die Arbeiter auf die Unbeteiligten alle mögliche Rücksicht. Der Gewerkschaftsverband beschließt: „Die Arbeit wird nicht eingestellt werden, wo es sich um Wartung kranker Menschen oder um die Pflege lebender Tiere handelt, auch nicht in Wasser-, Beleuchtungs- und Reinigungsbetrieben.“ Auch lehnen die Eisenbahner in Abstimmung die Beteiligung am Streit ab, die Wirkung des Buchdruckerstreiks ist überraschend gering, die unorganisierten Landarbeiter sind am Kampfe unbeteiligt. Trotz dieser Einschränkung des Streiks ist das ganze Bürgertum gegen die Streikenden er-

bittert. Die Jugend der Bourgeoisie wird in „Schutzkorps“ organisiert, die die streikenden Arbeiter zu erschlagen suchen. Der Stockholmer Bourgeois kann eine Droßke mieten, die von einem Beamten geführt wird; er kann auf der Strassenbahn fahren und findet dort einen jungen Offizier als Schaffner; er kann seine Zeitung lesen, die Ingenieure, Monteurfräuleins und andere „Freiwillige“ gesetzt und gedruckt haben. Die ganze bürgerliche Welt steht im Kampfe gegen die Streikenden.

So wird der gewerkschaftliche Kampf zum Klassenkampf. Zuerst der Kampf in dem einzelnen Betriebe; später der Kampf in einem ganzen Gewerbebezweige einer ganzen Stadt oder eines ganzen Industriegebietes; dann der Kampf einer ganzen Industriegruppe in einem ganzen Reiche — das sind die Entwicklungstendenzen der gewerkschaftlichen Kämpfe.

Die großen wirtschaftlichen Massenkämpfe werden im nächsten Jahrzehnt die wichtigste Methode des Klassenkampfes sein. In ihnen wird sich die Massenentscheidung vollziehen: die Vereinigung aller Arbeiter ohne Unterschied der Nationalität, der Religion, der politischen Tradition auf der einen, die Vereinigung aller bestehenden Klassen auf der anderen Seite. Die ganze Gesellschaft bekommt die Wirkungen des wirtschaftlichen Krieges zu fühlen, der Staat wird zum Eingreifen gezwungen, der wirtschaftliche Kampf wird zum politischen. Die Organisation der Gewerkschaften selbst muß sich den neuen Kampfbedingungen anpassen: da jeder kleine Konflikt zum ungeheuren Massenkampf führen kann, ist die Konzentration aller gewerkschaftlichen Kräfte, die strengste Zentralisation der Organisation, die einheitliche Führung aller Kämpfe, die Ueberwindung alles beruflichen, lokalen und nationalen Separatismus zwingende Notwendigkeit. Alle Illusionen vom allmählich-friedlichen Aufstieg der Arbeiterklasse, vom Zusammenwirken der Arbeiter mit einem Teil der bestehenden Klassen, vom sozialen Frieden und von der industriellen Demokratie werden zerstört. Ungeheure Arbeiterorganisationen auf der einen, ungeheure Unternehmerorganisationen auf der anderen Seite werden auf dem Schlachtfelde der Industrie die gewaltigen, verheerenden Entscheidungskämpfe ausfechten, in denen die kapitalistische Gesellschaft zusammenbrechen wird.

### Wallerbauarbeiter

In die Adresse der Staatsbauverwaltung. Von allen guten Geistern verlassen scheint man bei der Schaffung der Arbeitsordnung für die Strassen- und Anhubbauämter gewesen zu sein. An Stelle der allwöchentlichen Auszahlung wurde in dieser Arbeitsordnung bestimmt, daß die Auszahlung zukünftig nur mehr alle 14 Tage erfolgen soll. Obwohl sich die einzelnen Arbeiterausschüsse und auch unser Verband ganz energisch gegen diese Verschlechterung wehrten, ist bisher doch leider immer noch keine Abhilfe geschaffen. Wenn sich die Herren am grünen Tisch einmal die angereicherte Bescherung ansehen oder gar die Segenswünsche,

sandte. Bei dem Gedanken, daß es in diesem Jahre nicht besser sein sollte, krampfte sich das Herz des Kranken zusammen.

Die Gedanken des Knaben wellten nicht bei dem Vergangenen. Sie flogen hinaus ins Freie, hinüber in die Straßen der Stadt. O, wenn er nur ein einziges Mal hineinwandern könnte, um wenigstens zu sehen, was er nicht haben konnte! Inständig dat er. In einer Stunde sei er wieder zurück. Er wollte sich nur die Dekorationen ansehen. Anfänglich schüttelte der Kranke den Kopf, gab aber schließlich den Bitten nach. Im Grunde war es gleichgültig, ob der Junge hier froh oder auf der Straße. Und als der Kranke nickte, fürmte der Junge davon, er achte nicht der Kälte, und wenige Minuten später stutete ihm das Lichtmeer der Großstadt entgegen. An allen Fenstern glitzerte und funkelte es. Myriaden von Sternchen blühten überall und die Lichter hatten alle Farben. In großen Schaufenstern, die bis an den Fußboden reichten, hatte man allerhand Gegenstände ausgestellt. Einzelnen und in Gruppen. Dort hatte man gar einen ganzen Weihnachtstisch hergerichtet, mitten auf demselben stand ein wirklicher Tannenbaum, und o Wunder! die Kerzen darauf waren aus Glas. Die Augen des Kleinen leuchteten, seine Wangen glühten, und er vergaß, daß er eigentlich froh. Im Laden nebenan gab es Zuckerwaren. Da hatte man sogar das Märchen von Hänsel und Gretel wahrgemacht, wenigstens stand da ein natürliches Pfefferkuchenhäuschen. Weiterhin kamen Kleidungsstücke. Und so fort. Laden an Laden, Straße auf, Straße ab. Das war so viel, daß man außer ihm noch tausende seiner Kameraden ausstaffieren konnte. Wie kam es nur, daß es daheim so armselig ausah, während hier nach seiner Auffassung die Sachen eigentlich zwecklos herumstanden? In seiner Naivität meinte er, daß man doch nur hierher zu gehen brauche, um die Sachen zu holen. Offenbar wußte man das daheim gar nicht. Das war auch kein Wunder. Der Vater war seit zwei Jahren

nicht aus dem Hause gekommen und der Mutter Weg führte heimwärts nicht hierher.

Mit derlei Gedanken war der Junge von einem Schaufenster zum anderen gerückt. Immer weiter und weiter. Er merkte nicht in seiner Anbacht, daß der Lichterglanz nachließ und er sich dem anderen Ende der Stadt näherte.

Plötzlich stand ein Mann neben ihm. Der tupfte ihn auf die Schulter:

„Höre, Junge, Du könntest mir meinen Wagen ein Stück schieben helfen.“ Mit diesen Worten deutete der Fremde auf ein kleines Wägelchen, das am Bordstein stand. Flugs war der Junge dabei. Zur Stadt gings hinaus über ein Stück unbebaute Straße, wo der Wind entsetzlich pff. Aber dräben, wo die Häuser wieder begannen, machte der Mann gleich an einem der ersten Häuser halt. Den Jungen schob er in eine der Türen zu ebener Erde hinein, indem er gleichzeitig rief: „Hier, Mutter, gib mal dem was Warmes. Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert, und er hat geholfen, mir den Wagen schieben.“

Eine wohlige Wärme umfing den Jungen und die mit Mutter Angeredete trug aus der Küche Tassen und Teller herzu. Nach wenigen Minuten kam der Mann selbst, der jetzt erst seinen Gebilfen mußerte, wobei ihm die dürftige Kleidung des Knaben auffiel, und er rief erstaunt:

„Aber Junge, wie fleßt Du aus, wie kann man bei solcher Kälte in dieser Kleidung hinausgehen?“

Schier erschrocken war der Kleine. Als er aber die mitleidigen Gesichter der beiden sah, merkte er, daß es nicht das gemeint sei. Nun begann er zu erzählen, wie es daheim ausah. Bei seinen Worten wiegte die Mutter den Kopf fortgesetzt hin und her, und dem Vater entschlüpfte ab und zu das Wort: „Göttliche Weltordnung!“ Das Kind aber vergaß nichts. Gar nichts. Und in

die ihnen deshalb von den Arbeitern zugebacht werden. Wren mären, so käme vielleicht doch ein frischeres Tempo in die Sache. Hat doch die fortgeschrittene Verteuerung der Lebenshaltung geradezu eine völlige Verarmung der arbeitenden Schichten auf dem Lande herbeigeführt, die sich in der Nähe der Städte um so empfindlicher äußert. Rassenhaft sind schon Klagen laut geworden, besonders von Landsbut, Plötzing, Treising, Jzmanning, Trostberg, Burghausen usw. Wird heute der Ernährer einer Familie arbeitslos, dann ist in der Regel auch sein Geld mehr da. Und doch soll nun ein Familienvater 14 Tage ohne Geld arbeiten? In nicht wenigen Fällen haben die eingestellten Arbeiter angesichts des Winters die Arbeit wieder verlassen, weil sie eben ohne Geld nicht arbeiten können. Ein klein wenig Einsicht müßte der Regierung und auch der Staatsbauverwaltung und den einzelnen Bauämtern sagen, daß hier rasch Abhilfe geschaffen werden muß. Also sehe man gewissig den Altenschnimmel etwas in Trab. Uebrigens wird es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, bei der nächsten Landtags-session diese Art von Sozialpolitik näher zu beleuchten. Ferner gestatten wir uns noch die Anfrage, warum beim Bauamt Traunkheim den Arbeitern im Winter der Lohn gekürzt wird, was bei den übrigen Bauämtern nicht der Fall ist. Will man vielleicht durch die Kürzung des Tagelohnes ein verschleiertes System des Stundenlohnes aufrechterhalten?

**Traunkheim.** Die kürzlich vorgenommene Lohnreduzierungen im Straßen- und Flußbauamt bildeten den Gegenstand einer am 11. Dezember in Burghausen sehr zahlreich besuchten Versammlung der Wasserbauarbeiter. Kollege Weich-Rindchen führte aus, daß, obwohl seitens der kgl. Staatsregierung als Entlohnungsart für die Staatsbetriebe der Tagelohn eingeführt, sich das Straßen- und Flußbauamt Traunkheim immer noch nicht an diese Entlohnungslehre. Es ist die verkürzte Winterarbeitszeit, die es dem Bauamt angetan hat, die Tagelöhne der Arbeiter um 20-40 Pf. zu kürzen. Das Bauamt erinnert sich jedenfalls nicht daran, daß die Wasserbauarbeiter auch im Sommer bedeutend niedriger entlohnt sind, als die Arbeiter auf privaten Baustellen. Und daß die Arbeiter sich nur deshalb zufrieden geben, in der Meinung, auch im Winter bei der verkürzten Arbeitszeit den gleichen Lohn wie im Sommer zu haben. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß dem Wasserbauarbeiter ferner im Winter durch Schaffung wärmerer Arbeitskleider und gutem Schuhwerk nicht unbedeutende Mehrausgaben erwachsen. Auch hat man anscheinend vergessen, daß es die Lohn-Wasserbauarbeiter ferner im Winter durch Schaffung wärmerer Arbeitskleider und gutem Schuhwerk nicht bedeutende Mehrausgaben? Auch hat man anscheinend vergessen, daß es die Lohnkürzungen waren, die die Arbeiter von der Baustelle Trostberg zur Arbeitsniederlegung veranlaßten. Man versucht nun allerdings die Arbeitsfreudigkeit dadurch zu heben, daß man seitens der Aufsichtsgänge den Arbeitern von einem Jahrlage zum anderen ihren rechtlichen Lohn verspricht. Und es ist dies auch begreiflich. Denn die äußerst günstigen Witterungsverhältnisse einerseits und der teilweise sehr niedrige Wasserstand andererseits begünstigen die Betonierungsarbeiten gegenwärtig außerordentlich. Da muß man doch

aus der Arbeitskraft das mögliche herauskriegen. Allein die Erregung unter den Arbeitern ist zu groß, als daß sie auf derartige Versprechungen etwas halten. Einer anderen Partie, die mit dem Transport von Faschinen auf dem Wasser beschäftigt sind und deshalb wöchentlich 3-4 Tage auswärts übernachten müssen, zahlt man keinerlei Uebernachtungsgebühren. Wie wäre es, wenn man den Herren vom Bauamt zumuten würde, daß die diversen Wärrer ansehnlichen Gehälter in Wegfall lämen. Aber man fängt halt beim Arbeiter mit dem Sparen an. Mit der Einhaltung der Unfallversicherungsvorschriften hat es ebenfalls seinen Daken. Aber die Ueberarbeiterei läßt es eben nicht anders erwarten. Des Weiteren sind die Wasserbauarbeiter angewiesen, das ihnen vom Bauamt vorgeschriebene Bier zu konsumieren, wie nachstehende Bekanntmachung deutlich ersehen läßt:

**An die kgl. Kaufmänn. Burghausen.**

Wenn die Arbeiter das ihnen in der Kantine verabreichte Bier nicht genießen wollen, müssen sie auch für die Zubereitung der Speisen und die bisher von der Kantinewirtin besorgten Arbeiten dann lediglich die Vorküche mit Ofen und sonstigem Zubehör zur Verfügung stellen. Usw.

Die Arbeiter müssen also das von der Großbrauerei Baumgartner gelieferte Bier zu 22 Pf. trinken, während die Genossenschaftsbrauerei dasselbe zum Preise von 20 Pf. abgeben würde. Alle diese Mißstände unterzog Kollege Weich einer scharfen Kritik und schlug der Versammlung zum Schluß vor, zunächst eine Beschwerde wegen der Lohnreduzierungen an das kgl. Staatsministerium und die oberste Baubehörde zu richten. An das Straßen- und Flußbauamt aber soll das dringende Ersuchen gestellt werden: 1. den im Sommer üblichen Lohn auch im Winter zu zahlen, und 2. die bis heute gemachten Lohnkürzungen am kommenden Jahrlage zur Nachzahlung zu bringen.

**• Notizen für Gasarbeiter •**

Der Gasarbeiterstreik in Jwicksau dauert fort. Verhandlungen sind angedauert, aber noch nicht zum Abschluß gebracht.

Berlin. Die Schlosser, Rohrlieger und Arbeiter der öffentlichen Beleuchtung der städtischen Werke, welche am Stralauer Platz einen Raum zum Aufenthalt im neuen Werkstatgebäude seit einiger Zeit erhalten haben, sind schon von jeher stiefmütterlich behandelt worden. Erst waren sie in Holzboxen untergebracht, die gegen die Witterung nicht im geringsten schützten. Dem Drängen der Arbeiter nach einem anderen Aufenthaltsraum hat man insofern Rechnung getragen, indem man diesen den für die Nachwache der Gubröhrlöhne bestimmten Raum am Tage hergab. Dem Mißstand ist dadurch immer noch nicht abgeholfen. Seinerzeit wurde bei den diesbezüglichen Verhandlungen im Arbeiterausschuß darauf hingewiesen, wenn im Werkstatgebäude kein Platz sei, so werde doch auf dem Grundstüd jowiel Platz für einen Anbau vorhanden sein. Darauf wurde gesagt: Es ist kein Platz da. Solche

kurzer Zeit lag das Leben der Familie vor den beiden Jnhörern wie ein offenes Buch.

Die Frau war aufgestanden und machte sich in der Küche zu schaffen, während der Mann den Jungen in den Rock eines seiner erwachsenen Söhne steckte. Da stand nun der kleine Gernegroß in einem gar puzigen Anzug. Beim Abschied gab ihm der Mann ein Fünfsigpfennigstück „fürs Wagenstieben“, wie er sagte, und die Frau eilte herbei und drückte ihm ein großes Bündel in die Arme für den kranken Vater. Auf dem Heimwege jagten sich allerlei Gedanken in seinem Kopfe. Zum ersten Male in seinem Leben hatte er Geld. Volle fünfzig Pfennige! Was könnte er da nicht alles kaufen! Er zählte sich hunderterteil Dinge vor, und nachdem er all die Gegenstände, die er vorhin gesehen, hatte Novue passieren lassen, kam er auf den Gedanken, seiner Schwester etwas zu kaufen. Aber nein, das würde er auch nicht tun. Viel besser wäre es schon, seinem kranken Vater ein Geschenk zu machen. Vielleicht wäre es auch richtig, die fünfzig Pfennige der Mutter zu geben. Diese hatte in der letzten Zeit immer so sehr über kalte Füße geklagt, weil sie nur ein Paar niedrige Leugschuhe besaß. So konnte sie sich ein Paar ordentliche Lederschuhe kaufen. Auf diese Weise erreichte der Junge die Stadt wieder. Wie ersaunte er, die Läden fluster und geschlossen zu finden. Für heute mußte er also sein Geld in der Tasche behalten.

Jetzt merkte er wieder, daß es doch höllisch kalt war. Namentlich in den Fingerspinnen „kribbelte“ es heftig. Je mehr er daran dachte, desto diffiger wurde es. Immer weiter zog es die Finger hinan. Krampfhaft drückte er sein Paket an sich. Nur noch eine Viertelstunde, dann war er ja daheim. Aber furchtbarer wurde der Schmerz. Jetzt war ihm, als seien die Finger noch einmal so dick, dann wieder, als hätte er überhaupt keine Hände mehr. Erschrocken sah er hinter dem Paket mit einer Hand nach der anderen.

Ebenso erschrocken zog er die Hände wieder auseinander, er verweinte, an Eiszapfen gefast zu haben.

Laut sang er an zu weinen und stürzte vorwärts. Angstschweiß trieb es ihm aus den Poren, als er endlich die Haustür erreichte. Es war ihm nicht möglich, sie zu öffnen.

„Mutter! Mutter!“ schrie er hinauf, dann brach der arme Junge zusammen.

Oben in dem Stübchen über der Haustür befanden sich drei Personen in banger Sorge. Schon dreimal war die Mutter hinausgerollt, um zu sehen, ob sie den Jungen nicht irgendwo fände. Umsonst. Raum aber erlöste unten der Ruf, als Mutter und Tochter emporschnellten. Der Ruf klang so entsetzlich. Mit wenigen Sägen waren sie die Treppe hinunter. Da fanden sie den Bewußtlosen vor der Tür liegend. Keuchend trugen sie ihn hinauf, und hier erst fanden sie, wie die Kälte dem Armen mitgespielt hatte. Und nun rief man den keinen Körper und packte ihn ein.

Männlein lag schon einige Tage an der Seite seines Vaters in dem nämlichen Bett. Draußen war es immer festlicher geworden, und die Glocken läuteten, und es jubilierte und jauchzte in allen Häusern. Von seinem Lager aus konnte der Kleine hindübersehen in die Stube auf den Tisch. Dort lagen Wurst, Schinken, Fleisch und ein beinahe ganzer Stollen. Es war der Inhalt des Pakets, das der Junge dem Vater unter Ausbietung seiner Kräfte nach Hause gebracht hatte.

Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen; dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht, wohlan, er ist da, sie befließt zu machen.

Wenn wirklich kein Platz da sein? So ist der Zustand unhaltbar. Von der öffentlichen Beleuchtung kommen allein 30 Personen in Frage. Der Raum ist danach gar nicht eingerichtet. Es fehlt an Tischen und Stühlen, die Hälfte kann nur sitzen. Kleiderbaken sind gleichfalls ungenügend. Die Sachen der Beleuchtungsarbeiter und die der Wachmannschaft hängen zusammen. Gar kein Bunder, wenn bei Regenwetter die Waade die Kleider der anderen nimmt. Wenn nun die Beleuchtungsarbeiter, die den Tag über auf der StraÙe tätig sind, der Witterung also vollständig ausgesetzt sind, nach dem Platz kommen, so ist es gar nicht möglich, die Sachen trocken zu können. Die vorhandene Heizungsanlage reicht nicht aus. Es ist als selbstverständlich eigentlich anzunehmen, daß der Arbeiter sich bei dieser schmutzigen und dem Wetter ausgesetzten Arbeit umzieht. Da würde es nun ebenso selbstverständlich sein, daß auch Spinde für Kleider da sein müssen, um sie einschließen zu können. Auch müßte man die Schwaben unterbringen können. Wenn anderwärts im Betrieb (Innenbetrieb, Laternenwärterhäuschen) Kleiderspinde geliefert werden, warum nicht hier? Da nun daselbst getrocknet wird oder auch manche, weil sie nicht nach Hause gehen können, ihr Mittagbrot dort einnehmen, so müßte schon für entsprechende Heizung gesorgt werden. Durch das häufige Öffnen der Tür geht aber ein Teil der noch vorhandenen Wärme mit fort, da diese eine Schiebetür ist. Ist eine solche da notwendig? Praktisch ist sie auf keinen Fall. Auch entspricht es hygienischen Gründen nicht, wenn in solchem Räume, der ursprünglich zum Waschen nur gedacht war, auch noch Strohhäcke sich befinden. Das Stroh ist vor ca. einem Vierteljahr gewechselt worden, weil es selbst dem Herrn Weyen zu schlecht war. Mit dem alten Stroh ist jedoch das Ungeziefer nicht beseitigt. Die Flöhe und Wanzen sind geblieben. Für soviel Arbeiter müßte auch genügende Waschgelegenheit geschaffen sein, jetzt ist nur ein einziges Becken vorhanden. Daß vorstehendes im neuen Gebäude möglich ist, sollte man nicht für möglich halten. Notwendig ist, daß für diese Arbeiter ein getrennter Raum mit entsprechender Einrichtung (klein) hergestellt wird. Wir nehmen bestimmt an, daß die Direktion Abhilfe schafft.

**Regensburg.** Zurzeit herrscht in der städtischen Gasanstalt ein Strafsystem, das man ruhig als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnen kann. Was seitens der Direktion übersehen wird, holt der Herr Sekretär Ditrich nach. Hauptsächlich treffen die meisten Strafen das Montagepersonal, die Gasmesser zu setzen und abzunehmen haben. Die oft ist es nicht der Fall, daß beim Aufschreiben der Adressen usw. keine Fehler unterlaufen. In selbst in den verschiedensten Büreaus unter den gewandtesten Schreibern dürfte dies wiederholt vorkommen. Aber unter den Arbeitern in der städtischen Gasanstalt soll dieses alles durch enorme Strafen abgehandelt werden. Die betroffenen Arbeiter mußten sich wohl durch unterschriftliche Anerkennung verpflichten, bei Verbrechen von Zahlen usw. beim Kubimeter 3 Pf., im Wiederholungsfall 6 Pf. zu erlegen. Deute weiß man dies auscheinend in der städtischen Gasanstalt nicht mehr. Sondern statt der 3 und 6 Pf. verhängt man für das kleinste Vergehen 1 Mk. Strafe. Zum Beispiel: Verzeichnet ein Arbeiter bei der Adresse das Stadtwort, die Hausnummer oder begeht sonst einen kleinen Fehler, so hat er dieses Vergehen mit 1 Mk. Strafe zu büßen. Ebenso bei Abnehmen des Gasmessers usw. Passiert dies den Arbeitern in der Woche öfter, so haben sie eben mehr Strafe zu zahlen. Ja, man verhängt über die Arbeiter sogar Strafen, wo sie nicht im geringsten schuld sind. B. V.: Ein Gasmesser steht laut Anweisung — die doch vom Bureau kommt — in der Hyltonstraße; der Monteur geht dorthin, findet aber keinen, weil dieser in der Straße steht. Nachdem der Gasmesser gefunden ist, wird er an seinen richtigen Ort durch die Arbeiter gebracht. Vergißt der Arbeiter in der Eile die Adresse zu ändern, wird er mit 1 Mk. Strafe beglückt. Diese unhaltbaren Zustände steigern sich aber noch! Man mutete den Arbeitern Strafen wegen orthographischer Fehler zu! Bekannt doch ein Monteur 1 Mk. Strafe deshalb, weil er versehentlich Staatsanwalt mit weichem „d“ geschrieben hatte! Solche Fälle sind nicht einmal vereinzelt. Damit es bei dem Abgeben der Strafgebühren am Jahltag leichter geht, braucht der Arbeiter auch gar nicht mehr für die geirafte Summe zu unterschreiben. Ist das nicht rigoros? Welche Kontrolle liegt hier vor, wozu die Gelder fließen, wenn keine Unterschrift der Arbeiter vorhanden ist? Wie kann man überhaupt bei der Kontrolle feststellen, wieviel Strafgebühren dem Arbeiter in dieser oder jener Woche abgezogen worden sind? Wer bietet hier den Arbeitern die Garantie, daß die Strafgebühren nach § 47 der Arbeiterunterstützungssätze zuzuführen? Oder wird dies alles dem Vertrauen des Herrn Ditrich überlassen? Die Arbeiter, denen ihre lauer verdienten Großen so mißfällig, noch dazu in einem städtischen Ruhestbetrieb, abgezogen werden, beugen mit Recht gegen ein derartiges Vorgehen allgemeines Mißtrauen. Eine Beschwerde bei der Direktion bleibt meistens erfolglos. Wird sich der Magistrat von Regensburg wohl anscheiden, diese hinterwäldlerischen Zustände zu beseitigen? Nach der neuesten Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollen Arbeiter nach 1 Jahren als Stadtarbeiter ernannt werden, so kann man in auf der Anschlagtafel des Gaswerkes lesen. Gemacht hat das 110 Teu, die „berechtigte“ Direktion noch nicht. Auch da will man die Arbeiter schikanieren, damit sie ja

nicht die wenigen Vergünstigungen der Arbeitsordnung erhalten können. Wo liegt denn da wieder das Hindernis? Auch die Behandlung durch die Vorgesetzten läßt sehr zu wünschen übrig. Eine besondere Rolle ist dabei Herrn Böhm zugebacht. Der noch ziemlich junge Vorgesetzte behandelt alle im Dienste der städtischen Gasanstalt ergraute Männer als die reinsten Frischlinge. Ob dieses alles zu dem guten Einvernehmen zwischen Arbeitern und Vorgesetzten beiträgt, ist sehr fraglich. Es sind noch mehr solche hitzigen Geister in der städtischen Gasanstalt vorhanden. Erkennen nun die städtischen Arbeiter bald, daß man zur Abschaffung solcher Mißstände eine geschlossene Organisation haben muß?

**Erfurt.** Am 1. Januar geht das Gaswerk in den Besitz der Stadt über. Deshalb ist den Arbeitern von der Dessauer Kontinentalgasgesellschaft, der bisherigen Inhaberin der Gasanstalt, gekündigt worden. Indessen hat sie ihnen das Angebot gemacht, an anderen Orten in ihre Dienste zu treten. Derjenige Teil der Arbeiter aber, der auf das Angebot der Firma nicht eingehen kann, sieht der Uebernahme durch die Stadt mit schlechten Hoffnungen entgegen. Bisher bestand nämlich bei dem Gaswerk eine Pensionskasse, auf deren Unterstützung ein großer Teil Arbeiter Anwartschaft hat. Nun heißt es, diese Pensionskasse werde mit dem 1. Januar für die von der Stadt zu übernehmenden Arbeiter ebenfalls aufgehoben und wer in den Dienst der Stadt trete, gleichviel welchen Alters, müsse erst wieder eine zehnjährige Karenzzeit absolvieren, bevor er eine Anwartschaft auf Invalidenunterstützung erwerbe. Inwieweit dieses Gerücht auf Wahrheit beruht, muß allerdings noch abgewartet werden.

### • Aus den Stadtparlamenten •

**Chemnitz.** In der Sitzung vom 21. November stimmte der Rat den noch nicht verabschiedeten Bestimmungen der Arbeitsordnungen für die Arbeiter des Tiefbauamtes, des Wasserwerksamtes und der Gartenverwaltung zu, welche die Gewährung von Erholungsurlaub betreffen. Auch der Errichtung von Arbeiterausschüssen wurde zugestimmt. An Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen Familienzulagen wird beschlossen, für Unterstützungen an in Not geratene Arbeiter 9000 Mk. einzustellen. Die Arbeitsordnungen sollen nunmehr im vollen Umfange am 1. Januar 1911 in Kraft treten.

**Darburg.** Wie die Tagespresse mitteilt, ist den städtischen Arbeitern zu Weihnachten eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Pf. täglich zuteil geworden.

**Leisnig (Dresden).** Unsere Kollegen stellten im November vorigen Jahres den Antrag auf Gewährung von Sommerurlaub. Der Gemeinderat aber lehnte dies glatt ab. Im März dieses Jahres wurde der Antrag erneuert. Jetzt aber hatten sich im Gemeinderat schon eine größere Anzahl Befürworter gefunden, doch sie unterlagen noch einmal. Unsere Kollegen sagten aber, aller guten Dinge sind drei und stellten im November wiederum den gleichen Antrag und hatten damit Erfolg. In seiner Sitzung vom 7. Dezember beschloß der Gemeinderat, allen Arbeitern, die länger als drei Jahre bei der Gemeinde beschäftigt sind, drei Tage Urlaub zu gewähren. Von diesem Beschluß werden im nächsten Jahre 24 Kollegen betroffen. — Bei dieser Gelegenheit konnte es sich der Gemeinderat nicht verkneifen, sein Verfeinden darüber auszuäußern, daß von außen her Unzufriedenheit unter die Arbeiter getragen werde. Nun, lassen wir ihm das Vergnügen und freuen wir uns des Erfolges, den unsere Bewegung gehabt hat.

**Stuttg.** In der Sitzung vom 8. Dezember beschloß der Gemeinderat, eine Aenderung in der Entlohnung der städtischen Arbeiter in der Zeit vom 1. November bis 15. Februar vorzunehmen. Bisher wurde den städtischen Arbeitern während der gefürzten Arbeitszeit 20 Pf. pro Tag abgezogen, doch nur, wenn dann der Lohn nicht unter den bisher üblichen Mindestlohn von 3,50 Mk. für ungelernete Arbeiter herabsank. Nachdem dieser Mindesttagelohn auf 3,90 Mk. erhöht wurde, beschloß man, einem Antrage des Arbeiterausschusses folgend, 3,90 Mk. als Grenze für den gefürzten Lohn festzulegen. Zugleich soll den Arbeitern, denen seit 1. November unter Anlehnung an die vorher übliche Grenze der Lohn unter 3,90 Mark gefürzt worden war, die also unter dem Mindesttagelohn der ungelerneten Arbeiter standen, dieser Abzug wieder ausbezahlt werden. Künftig soll ferner die Grenze der Lohnführung stets mit dem üblichen Mindestlohn zusammenfallen.

### • Aus unserer Bewegung •

**Berlin.** In einer außerordentlichen Generalversammlung, die am 8. Dezember den großen Saal des Gewerkschaftshauses füllte, hielt Reichstagsabgeordneter Fritz Hunert einen fesselnden Vortrag über den Klassenkampf in der modernen Arbeiterbewegung, der lebhaften Beifall fand. Im weiteren Verlauf der Versammlung machte Kollege Wuktu verschiedene Mitteilungen. Die in den Privatbadeanstalten beschäftigten Kollegen haben beschlossen, ihren



**tarifvertrag zu kündigen, der demnach Anfang April nächsten Jahres abläuft. Für die Bewegung ist es natürlich von größter Wichtigkeit, daß sie so stark wie irgend möglich in der Organisation dargestellt. Von unserem Verband sind Legitimationskarten ausgegeben worden, durch die es den Badegästen möglich gemacht wird, sich über die Organisationszugehörigkeit der Bademeister und Bademeisterinnen zu informieren. — Ein ungetreuer Beitragssammler ist zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. — Die Anträge der städtischen Arbeiter von Köpenick auf Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die im vorigen Jahre rundweg abgelehnt wurden, haben jetzt besseren Erfolg gehabt. Es ist eine halbstündige Arbeitszeitverlängerung bewilligt und ferner sind in fast allen städtischen Vertrieben Lohn erhöhungen zugestanden worden. Redner erwähnte ferner die Lohn erhöhungen für einige Kategorien der städtischen Arbeiter Berlins und namentlich die Bewegung der Gasarbeiter, die bekanntlich mit großer Stärke und Einmütigkeit durchgeführt wurde und dann auch den Erfolg hatte, daß mit der Lohnkommission und den Vertretern der Organisation verhandelt und schließlich für 2750 Arbeiter eine Erhöhung der Stundenlöhne um 3 Pf. bewilligt wurde. Inzwischen entwickelte sich auch die Lohnbewegung unter den Arbeitern der englischen Gasanstalten Groß-Berlins immer stärker, und nachdem die Arbeiter am 6. Dezember große Versammlungen abgehalten hatten, beschloß der Verwaltungsrat der Imperial-Continental-Gasassociation, den Arbeitern die gleichen Vergünstigungen zuteil werden zu lassen, wie sie den städtischen Gasarbeitern bewilligt worden sind, was dann durch Anschlag in den Werken bekanntgegeben wurde.**

**Berlin. In der Berliner Straßeneinigung fanden am Montag, den 19. Dezember, die Delegierten-Ergänzungswahlen für die Betriebskrankenkasse dieser Verwaltung statt. Die für die Verbandskandidaten abgegebenen Stimmengahlen sind in den bei Redaktionschluss bekannten Bezirken durchweg günstiger geworden. Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß der Bezirk IIIa mit 79 gegen 81 Stimmen der „Dirsche“ verloren ging; die Abtrennung des Hauptdepots hat hierbei entscheidend beeinflusst. Im Bezirk IIIa kommt es zur Stichwahl; beide Kandidatenlisten haben je 22 Stimmen erhalten. — Das Wahlergebnis an sich ist, soweit es vorliegt, geradezu als ein sehr günstiges zu bezeichnen angesichts der unglaublich verlogenen Art, wie die „Dirsche“ den Wahlkampf geführt haben. Ihre Ortsvereins „großen“ sind reis für die Mitarbeit beim Reichslügenverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Das Wahlflugblatt war in keinem ersten Teile eine Substanz erbaulichster Art. So wird entgegen der Wahrheit die letzte Arbeiterauszahlung so dargestellt, als ob die Verbandsvertreter ihre eigenen Anträge im Stiche gelassen hätten. Ihr eigener Komteur, das „Korrespondenzblatt“, berichtete zwar selbst, daß „Genosse“ Döring referiert hat — aber auf eine Sandvoll Unfals mehr oder weniger kommt es ja den „Dirschen“ bekanntermaßen nicht an. In dem Flugblatt wird ferner wiederholt die glatt aus den Fingern gezeichnete Mär erzählt, wonach Kollege Bugly in der großen Gasarbeiterversammlung von den „hohen Löhnen“ der Straßeneiniger gesprochen haben soll. Der Verband und seine Zeitung sollen daher schuld sein, wenn es — im nächsten Jahre keine Lohnzulage gibt. Wer lacht da nicht? Es ist doch nichts zu dummes; es findet alles sein Publikum bei den Ortsvereinsmitgliedern. Echtes Reichslügenverbands-Moral! — Zu welchem Grad von Verbeugung und Denunziationswut der Kollegen untereinander eine derartige Kaufmethode führt, dafür mag hier ein Beispiel Platz finden. Sind da in der 26. Abteilung neue Wähler für die Mannschaften eingerichtet worden und ein Kollege, welcher es mit der Keuschheit hält, geht regelmäßig wöchentlich hin, um ein Wannenbad zu nehmen. Eines Tages wird er vom Aufseher gefesse gestellt und befragt, ob es wahr sei, daß er die Krüge habe; andere Arbeiter hätten dies behauptet und wollten infolgedessen nicht mehr die Wanne benutzen. Der von auch-Kollegen also Verdächtigte war begreiflicherweise empört und ging unverzüglich zum Arzt. Dieser bejahte ihm, daß er am ganzen Körper nicht den geringsten Ausschlag, kein anstehendes Hautleiden, auch keine übertragbare Geschlechtskrankheit hat. Darauf verlangte er vom Aufseher die Namen der Verleumder zu wissen; so leichten Bergens dicker Herr Vorgesetzte zwar geneigt war, den Oberbläseren derselben zu folgen, so schwer war es, ihrer habhaft zu werden. Die Feindlinge schoben es von einem auf den anderen. Jetzt endlich — nach Wochen — sollen doch ein paar von ihnen einen Verweis erhalten haben. Derartige Vorläufe sind in der Straßeneinigung Legion; sogenannte „Vorgesetzte“ spielen nicht selten eine merkwürdige Rolle dabei — in holder Eintracht mit auch-Arbeitern.**

**Gotha. Eine Lohnhöhung recht geringfügiger Natur haben die städtischen Arbeiter erhalten. Sie beträgt für jüngere Arbeiter 1 Pf. und ältere Arbeiter und Korarbeiter 2 Pf. pro Stunde.**

**Monroth. Unsere Mitgliederversammlung tagte am 10. Dezember im Restaurant „Nischen“. Mollat Deinh. Düsseldorf erläuterte in einem Vortrag die Entwicklung unseres Verbandes. An seinen Ausführungen betonte er hauptsächlich die Mängel der Gasarbeiter und die dadurch erzielten Erfolge. Auch hier geht noch viel zu wünschen übrig. Während wir im letzten Jahre noch die 4-stündige Arbeitszeit während des Sommers hatten, müssen gegenwärtig 10 Stunden gearbeitet werden. Auf Antrag der Stadtverordneten erhielten wir 50 Pfennig Lohnzulage**

**pro Tag und deshalb die Arbeitszeitverlängerung. In den Wintermonaten wird von morgens 8 bis abends 6 Uhr mit 15 Minuten Vormittags- und einer Stunde Mittagspause gearbeitet. Die Begebauarbeiter, welche gleichzeitig die Kanalarbeiten verrichten, erhalten im Sommer 4,50 Mk., im Winter 4.— Mk. pro Tag, ebenso die Straßeneiniger. Die Feuerhauerarbeiter der Gasanstalt bekommen 4.— Mk. bis 4,20 Mk., die ersten Feuerleute 4,80 Mk. pro Schicht. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden, und Sonntags werden die 4-stündigen Wechselschichten noch verrichtet. Gasarbeiter der Gasanstalt erhalten pro Tag 4.— Mk. Ein Zuschlag für die Wechselschicht wird nicht gewährt, dagegen erhalten die Feuerleute für die freien Sonntage einen Schichtlohn vergütet. Die Feiertage, welche in die Woche fallen, werden mit vollem Lohn bezahlt. Entfernungszulagen werden pro Tag 50 Pf. gewährt, wenn die Arbeitsstelle eine Stunde weit entfernt ist. Denselben Zuschlag erhalten die Kanalarbeiter bei Wasserarbeiten. Urlaub wird nicht gewährt; ebenso wird in Krankheitsfällen kein Zuschlag gezahlt. Auffallen muß es, daß gerade die Gasarbeiter unter den rückständigsten Verhältnissen zu arbeiten haben; woran sie allerdings zum Teil selbst schuld sind. Es ist deshalb die höchste Zeit, daß sich auch diese Kollegen alle unserem Verbands angeschlossen. Viel ist noch an unseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu bessern, und hieran sollte ein jeder Kollege mitarbeiten. Durch den Anschlag an unseren Verband ist einem jeden die beste Gelegenheit hierzu geboten, denn unsere junge Filiale berechtigt zu den besten Hoffnungen.**

**Stettin. In der Mitgliederversammlung vom 10. Dezember ehrten wir zunächst das Ableben unseres Kollegen H. Bürger-Hamburg durch Erheben von den Plätzen. — Am 25. März 1911 findet unser 10. Stiftungsfest statt. Es soll Theater und Konzert stattfinden. — Kollege Sprebemann ist als Unterlassiger gewählt worden. Laut Antrag soll die Agitationskommission bestehen bleiben und mehr in Aktion treten. Der Magistrat soll auf die Einstellungen außerhalb aufmerksam gemacht werden. Laut Versammlungsbeschluss findet unsere Generalversammlung am 15. Januar 1911 statt.**

### ♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

**Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands findet in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 in Dresden im Hotel „Etrich“ statt.**

**Ein deutscher Feimarbeitertag wird am 12. Januar 1911 in Berlin stattfinden in der „Neuen Philharmonie“, Köpenicker Straße 96/97. Die Feimarbeiter und ihre Freunde wollen bei dieser Tagung in letzter Stunde, ehe im Reichstag über das Hausarbeitgesetz Beschluß gefaßt wird, in einer eindringlichen Forderung noch einmal die Forderungen erneuern, die durch das Hausarbeitgesetz erfüllt werden müssen, wenn den schweren Nöthen der Feimarbeiter gesteuert werden soll. Zu dieser Kundgebung werden sich Feimarbeiter aus allen Berufen und aus allen Teilen Deutschlands und Freunde der Feimarbeiter aus den bürgerlichen Ständen vereinen, bei Vermeidung aller politischen Tendenzen und ohne Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Richtungen. Die Tagung wird vorbereitet durch einen Aktionsauschuß, an dessen Spitze Professor Dr. E. Franke-Berlin steht und dem ferner angehören Fraulein R. Lehmann und die Herren Ingenieur Bernhard Wiesbertz, W. d. R., Goldschmidt, Krüger, Sassenbach, R. Schmidt, W. d. R. Das Hauptreferat hat Professor Dr. A. Hilbrandt-Lübingen übernommen. Die Geschäftsstelle ist das Bureau für Sozialpolitik, Berlin, Rosenstr. 29/30.**

**Die Generalkommission hat aus Anlaß des von uns bereits im Nr. 50 mitgeteilten unerhörten Todesurteils des Gewerkschaftsführers Durand-Frankreich folgendes Sympathieschreiben an die Konföderation gerichtet: „Die G. d. G. D. hat aus der Arbeiterpresse Frankreichs und aus dem Berichte der G. d. L. Kenntnis genommen von dem Urteil der Jury des Seine-Departements gegen den Genossen Durand, das in bisher noch nicht erreichter Weise die Klassenjustiz zum Ausdruck bringt. Sie hat auch Kenntnis genommen von dem Protest der organisierten Arbeiterchaft Frankreichs gegen dies unerhörte Urteil. Sie schließt sich im Namen der von ihr vertretenen organisierten Arbeiterchaft Deutschlands aus vollem Herzen und in vollster Ueberzeugung diesem Proteste an. Sie kann dies um so mehr tun, als auch in Deutschland mehr als bisher der Versuch gemacht wird, die Leiter der Gewerkschaften für einzelne bei Streiks zu verzeichnende verurteilungswürdige Vorkommnisse verantwortlich zu machen. Frankreich galt bis zu dem Tage des Urteils von Rouen als das Land, in welchem die Richter nach der erwiesenen Straftat des Angeklagten und nicht im Interesse der Unternehmer, welche die Arbeiter zum Streik zwingen, urteilten. Wird das Urteil von Rouen aufrechterhalten, so wird dieses Kennzeichen Frankreichs nicht nur verloren sein, sondern in allen anderen Ländern wird man bei der Begründung von Zwangsmaßnahmen gegen Streikende und gegen die Gewerkschaften auf das Beispiel verweisen, das die Richter im republikanischen Frankreich geübt haben. Deswegen muß und wird auch die Arbeiterchaft Deutschlands Protest dagegen erheben, daß die**

Nichter sich vollständig in den Dienst des Unternehmertums stellen und durch Urteile, wie das von Rouen, die Arbeiter zu verhindern suchen, durch Einstellung der Arbeit höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen und sich einen größeren Anteil an dem Ertrage der von ihnen geleisteten Arbeit zu sichern. Die Arbeiter Deutschlands werden sich in ihrer Presse und in Versammlungen diesem Proteus anschließen, den wir in vollem Einverständnis mit den uns angeschlossenen Organisationen erheben. Wir versichern die Gewerkschaften Frankreichs unserer vollen Sympathie und sind überzeugt, daß sie die gegenwärtige Reaktionsperiode nicht nur überdauern werden, sondern, nach ihrer Überwindung, der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampfe den vollen Sieg erringen helfen."

**Verfassungsfragen in Gewerkschaften.** In Nr. 10 der „Neuen Zeit“ schreibt Bernhard Schildbach über dieses Thema, obwohl ihm augenwärtlich die inneren Vorgänge in den deutschen Gewerkschaften nicht sonderlich bekannt sind. Nach seiner Meinung gehört die Abstimmungsspflicht zur Demokratie. Er behauptet, mit der „Teilnahmslosigkeit der Mitglieder am Gewerkschaftsleben habe man sich völlig abgefunden“. Versammlungsbesuch, Wahl und Abstimmung müßten obligatorisch sein und das Fehlen durch kleine Geldstrafen usw. geahndet werden. — Diese Mittel sind in — Frankreich und der französischen Schweiz übrigens im Gange, ohne die gewünschte Wirkung zu erzielen. Sie sind auch nicht nachahmenswert, zumal viele Schichtarbeiter usw. wirklich verhindert sind. Im allgemeinen ist das deutsche Gewerkschaftsleben überaus rege, und wir sind der Meinung, daß die Gewerkschafts-**pre**ße wie bisher so auch weiterhin für steigende Anteilnahme an dem inneren Gewerkschaftsleben sorgen wird. Wie uns dünkt, mit leidlich gutem Erfolg!

Die **Bergarbeiter** sind in eine umfassende Lohnbewegung eingetreten. Sie stellten folgende Forderungen: 1. Eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 Proz. am 1. Januar 1911 in Kraft treten zu lassen; 2. Das Verbauen in der Grube und alle sonstigen Nebenarbeiten sollen besonders bezahlt bzw. verrechnet werden, um die Lebensgefahr zu verringern; 3. Die Leistungen der Knappschaftskasse sollen entsprechend den Anträgen der Arbeitervertreter in der letzten Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins zu Vorschum erhöht und zu diesem Zweck außerordentliche Generalversammlungen der fraglichen Kasse einberufen werden; 4. Der voriges Jahr eingeführte Zwangsarbeitsnachweis soll in einen auf partieller Grundlage aufgebauten umgewandelt werden, wie das schon voriges Jahr von allen Verbänden mit Recht verlangt wurde. Bezeichnenderweise haben sich die „Christlichen“ diesem Vorgehen nicht angeschlossen, und so haben denn die Bergherren kurzerhand erklärt, daß sie alles ablehnen. Man will nicht einmal mit den Organisationsleistungen verhandeln. Nur Geduld, der Grubenflaw wird auch einmal erwachen und energisch und geeint gegen das rücksichtslose Zechenkapital anstürmen. Ein Vorpostengefecht war der Streik auf der Zeche Lukas, wo allerdings die „christliche“ Organisation den Streikbruch proklamierte.

In der **Zahlstelle Hamburg des Metallarbeiterverbandes** hat man es für angebracht gehalten, den zweiten Bevollmächtigten zu machen. Es handelte sich darum, während der ersten Verhandlungen über die Forderungen der Werftarbeiter für die gesamten Hamburger Metallarbeiter, auch für die in nichtbetriebl. Betrieben, während der Arbeitszeit eine Demonstrationsversammlung abzuhalten. Andere Organisationen erhielten von diesem Vorhaben nicht erst Kenntnis, sonst würden sie ganz energisch einer solchen Maßregel widerprochen haben. So erfolgte der Widerspruch nur vom Zentralvorstand der Metallarbeiter und Ihle als Beauftragter der Verwaltung folgte den ihm vom Vorstand erteilten Anweisungen. Deshalb die Entrüstung der Verwaltung und deshalb die Kündigung. Der erste Bevollmächtigte der Zahlstelle, Franz, erklärte sich mit Ihle solidarisch und reichte seinerseits auch die Kündigung ein. Jetzt werden in der Presse zwei neue Verwaltungsbeamte gesucht, die die vakanten Posten besetzen sollen. — Wir hoffen, es findet sich niemand bereit dazu. — Das Vorgehen der Hamburger Mitgliedschaft zeigt von bedenklichem Mangel an Verantwortungsgefühl. Mit Recht wendet sich das „Correspondenzblatt“ und andere Gewerkschaftsorgane gegen solche Maximen, die hoffentlich in der deutschen Arbeiterbewegung einzig bleiben. — In einer Zusammenkunft der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre hat übrigens A. v. Elm über das Thema „Maffen und Führer“ referiert und zu dem Fall Stellung genommen. Fast alle Diskussionsredner sprachen sich in mißbilligendem Sinne aus.

Die **Niederbringung der Gewerkschaften ist nicht so leicht.** Das hat selbst Bued, der Generalsekretär des Verbandes deutscher Industrieller einsehen müssen. Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung dieser Unternehmerorganisation sagte er darüber: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß selbst die mächtigsten Arbeitgeberverbände und ihrem Kapital nicht widerstehen könnten. Diese Zuversicht habe ich heute nicht mehr! Denn die Bestrebungen der Sozialdemokratie haben in meinen Augen ihren utopischen Charakter verloren und nähern sich immer mehr der Wirklichkeit. Es waren namentlich die drei großen wirtschaftlichen Kämpfe des letzten Jahres, die so deprimierend auf meine Meinung gewirkt haben. Im Vaugewerbe kam schließlich ein Kompromiß zustande, das aber in der Hauptsache

als Niederlage der Arbeitgeber zu bezeichnen ist. Bei solchen Kompromissen zieht in der Regel der Arbeiter den Vorteil. Ich halte es daher auch nicht für richtig, daß sich die Behörden in solche Streitigkeiten einmischen. Auch der Streik der Werftarbeiter und der Straßenbahnstreik in Bremen endeten mit einer Niederlage der Arbeitgeber. Die musterghütig geleiteten Organisationen der Arbeiter haben sich zu einer fürchterlichen Waffe entwickelt. Mit Aussperrungen drohen, damit wird nichts erreicht, darüber lachen die Leute bloß. Kleine Aussperrungen von 30 000 bis 40 000 Mann werden auch von den mächtigen Gewerkschaften mit Leichtigkeit getragen. — Mit um so größerer Wucht sollen sich nun die Unternehmer auf die Tötung der Gewerkschaften werfen. Dazu feuerte Herr Bued seine Werrauen in folgender Weise an: „Die gegenwärtige Lage stellt den deutschen Arbeitgeber vor die Alternative: sich sei zusammenzuschließen, in dem festen Willen, große Opfer zu bringen, und in der unerschütterlichen Absicht, die Gewerkschaften niederzuzwingen, zu zer schlagen, zu vernichten — das muß das Ziel sein, etwas anderes gibt es nicht —, oder sich unter die Herrschaft der Gewerkschaften, der Heber und Aufrührer zu beugen und nach ihrer Pfeife zu tanzen.“ Welche Dämle dabei Herr Bued von der Gesetzgebung erwartet, drückte er mit aus: „Alle diese Verhältnisse haben Ihr Direktorium veranlaßt, in einer Eingabe zur Novelle zur Strafrechtsordnung schwerere Strafen gegen die Untaten der Sozialdemokratie zu fordern. Wenn es unmöglich ist, solche Gesetze durchzubringen, dann möge die Regierung alle Mittel anwenden, um zu sehen, ob nicht der Reichstag gefügig zu machen ist.“ Nun, diese Rede wird die organisierte Arbeiterkraft zu beherzigen wissen. Unablässig muß weiter agitiert und organisiert werden. Aber auch die beschleunigte Konzentration zu Industrieverbänden muß rascher vor sich gehen. Dem vereinigten Unternehmertum kann nur die möglichst geschlossene Arbeiterkraft trotzen.

**Streitversicherung der Unternehmerverbände.** Nach einer statistischen Zusammenstellung in „Reichsarbeitsblatt“ sind im Jahre 1910 von 115 045 Mitgliedern der Unternehmerverbände, die 3 854 680 Arbeiter beschäftigten, 27 100 Mitglieder mit 1 952 480 beschäftigten Arbeitern gegen Streitschäden versichert. 27 Reichs-, 51 Landes- und Bezirks- und 129 Ortsverbände gewähren eine Geldentschädigung. Nur bei Streits zahlen 18 Verbände, nur bei Aussperrungen 3 Verbände, in beiden Fällen 124 Verbände Streitsentschädigung. Die Entschädigung wird nach freiem Ermessen von 87 Verbänden, nach festen Grundätzen von 58 Vereinen gezahlt.

Die **Mitgliedschaft im christlichen Hilfs-, Transport- u. m. v. Verband**, welche der frühere Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ in seiner bekannten Broschüre veröffentlichte, waren Gegenstand der Erörterung einer Versammlung in Göttingen. Herr Wolf holte hier noch einmal mündlich, was er bereits geschrieben. Der Vorsitzende des Verbandes, Oswald, war aus Aschaffenburg herbeigeeilt, um sich gegen die Angriffe Wolfs zu wehren. Zum Beweis seiner Behauptungen legte Wolf der Versammlung Material vor, welche dieses zur Prüfung einer fünfjährigen Kommission übergab. Wolf wies dann noch nach, daß Treutzel, der 2. Vorsitzende des Verbandes sowie der „Straßen- und Kleinbahnver“, eine Beilage der „Gewerkschaftsstimme“, die Schuldenwirtschaft eingestanden haben, und stellte die Frage: „Warum habe man bisher nicht gewagt, den Bericht des Wiedererfinders zu veröffentlichen?“ Die Kommission bedankte hierauf, daß die Angaben des Redners mit dem Material übereinstimme. Oswald benutzte sich in einer langen Rede dadurch, daß er den Hauptpunkt aus dem Wege ging und sich auf Nebenabschlüssen beschränkte. „Nicht die Geschäftsberichte seien maßgebend, sondern die Protokolle. Ob das Geld in der Kasse da sei, darum brauche sich niemand zu kümmern.“ Zum Schluß verkündete Oswald, daß Wolf nun endlich verflagt sei. Ein eigenartiger Führer ist Kuhn, ein älterer Beamter des christlichen Verbandes. Ihm war von Wolf vorgeworfen worden, daß durch seine Schuld bei einem Streik das Geld des Verbandes in unglücklicher Weise verpulvert worden sei. Die Leute hätten längst andere Arbeit angenommen gehabt, aber man zahlte ihnen trotzdem wochenlang noch die Streikunterstützung weiter aus. „Darauf erwiderte Kuhn: Daran war ich nicht schuld, sondern der Verbandsvorstand. Der Streik ist gegen meinen Willen genehmigt worden, ich habe mir dann gesagt, ich kümmere mich nicht mehr darum, möge der Vorstand jetzt sehen, was zu machen ist! Mehrere sonstige Zwischenfälle gab es dann noch während des Wolfischen Schlusswortes. Oswald rief dem Redner einmal zu, daß man nicht nötig habe, die Anleihen zu veröffentlichen, er sei auch für die Kasse nicht verantwortlich. Als Wolf ihm die Abrechnungen zeigte, rief er aus: „Da habt Ihr mich betrogen!“ Dabei sind die Abrechnungen von Oswald selbst unterschrieben worden! Auch ein Verbandsvorsitzender: er unterschreibt einen „Betrag“, der sich gegen ihn selbst richtet! Dann teilt Wolf noch mit, daß Oswald der „Gewerkschaftsstimme“ wiederholt „Originalartikel“ eingesandt hat, die sich nachher als Abdrucke herausgestellt haben. Die Quelle gab er aber niemals an. All diese „Leute“ kann die christliche Gewerkschaftsbewegung und das Zentrum wirklich „hals“ sein.

Wie die „Christlichen“ Tarife abschließen. Herr Peter Tremmel, der 2. Vorsitzende des christlichen Verbandes mit dem langen Namen, fühlte sich durch vier Artikel der „Pfälzischen Post“

leidigt. Er strengte deshalb Klage gegen den verantwortlichen Rodasteur an. Vor Gericht wurde nun folgendes festgestellt: Herr Tremmel hat durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes Rannheim-Ludwigshafen den damals fertig ausgearbeiteten Tarif, der selbstverständlich für alle bei der Firma Grünzweig u. Hartmann beschäftigte Arbeiter Gültigkeit hatte, als für die christliche Organisation bindend anerkannt, mit seiner Unterschrift versehen und war nun der Auffassung, daß das ein Tarifabschluß ist. Bei den Tarifverhandlungen war Herr Tremmel nicht zugegen, angeblich, weil die freien Organisationen die Mitwirkung des Herrn Tremmel ablehnten. Es ging auch so. Sogar so gut, daß Herr Tremmel an dem Tarif nichts auszusagen fand. — Der Vorwurf, um dessenwillen Tremmel die Klage angestrengt hatte, erwies sich also als durchaus berechtigt: Er hatte einen zwischen der Firma Grünzweig u. Hartmann und den freien Gewerkschaften abgeschlossenen Lohnvertrag drucken lassen und mit seiner Unterschrift versehen als mit der „christlichen“ Gewerkschaft abgeschlossen bezeichnet.

**Aus dem Lager der Gelben.** Der Hauptausschuß der „gelben“ Gewerkschaften tagte am 11. Dezember in Magdeburg und prüfte das Bedürfnis, den Reichsanwalt in nachstehendem Telegramm zu seiner Rede zu beglückwünschen: „Euerer Erzelenz senden ehrerbietige Glückwünsche zur gestrigen bedeutsamen Reichstagsrede die zur ersten Tagung ihres gemeinsamen Hauptausschusses versammelten Vertreter der unterzeichneten nationalen Arbeiterverbände mit mehr als 110 000 Mitgliedern. Mit besonderer Genehmigung begrüßen wir die angeläufigen Gesetzesmaßnahmen gegen die gewissenlose Verheerung unseres Volkes durch fanatische Agitatoren sowie den von Arbeitgebern und der überwiegenden Mehrzahl der Arbeiter lange ersehnten, wirksamen gesetzlichen Schutz der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung. Die heutige Gewalt Herrschaft der Sozialdemokratie muß beseitigt werden.“ Herr v. Bethmann hat schleunigst in folgenden Worten telegraphisch geantwortet: „Für Ihre freundliche telegraphische Begrüßung sage ich meinen besten Dank. Alle Bestrebungen, die sich auf den Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze auf friedlichem Wege und nationaler Grundlage richten, sind ... bei meinen Bemühungen, die staatliche Ordnung und persönliche Freiheit zu sichern, eine wertvolle Unterstützung.“ Reichsanwalt v. Bethmann Hollweg. Arbeiterverräter und Regierung Hand in Hand. Wem gehen da nicht endlich die Augen auf?

### Rundschau

Im Reichstage ging es in den letzten Tagen noch einmal hoch her. Wie vorauszusehen, wurde dem Reichsanwalt wegen seiner famosen Roabiterrede nichts geschenkt. Besonders ging Genosse Ed. David mit dem Oberbureaukraten scharf ins Gericht. In fast dreistündiger Rede kennzeichnete er die gegenwärtige Situation vom Standpunkt des arbeitenden Volkes. Weder der großmündige Herr Erzberger (Zentrum) noch v. Bethmann (der Befangene des schwarz-blauen Bloßes, der „Mitter und Heiligen“) können die Schuld abschütteln, die sie sich durch den letzten Steuerraubzug aufgeladen haben. Nun kündigt der Reichsanwalt auch noch „eine Verschärfung des gemeinen Rechts, ein Arbeitswilligengesetz und beschleunigtes Verfahren bei Vergehen gegen die öffentliche Ordnung“ an. Und das alles auf Grund der Polizeiausagen von Roabit, während doch bis jetzt jeder Prozeßtag eine Bloßstellung der Berliner Polizei bedeutet! Eingehend wies David die ganz unhaltbaren Behauptungen des Kanzlers zurück und brandmarkte das Eingreifen des obersten Reichsbeamten in ein schwebendes Prozeßverfahren. — Die Antwort v. Bethmanns war ein halber Rückzug. Er hatte den „Mut“, trotz der überzeugenden Nachweise des Genossen David wie überhaupt des bisherigen Prozeßvorganges, zu sagen: Die moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Roabiter Vorgängen steht fest.“ Das schlug dem Jah den Boden aus. Einstimmiges Blul der Reichstagslinken, energischer Protest der Sozialdemokraten ließ den bleich gewordenen Kanzler minutenlang nicht zu Worte kommen. Eine solche Vollauf verdiente Abfuhr ist wohl seit Jahren einem Kanzler nicht zuteil geworden. Der letzte Sitzungstag, am 14. Dezember, brachte (nach einem vergeblichen Versuch des Schnapsbloßes, die Minorität mundtot zu machen) u. a. noch eine wohlgezielte Nachlese des Genossen Dr. Franke, der gegenüber dem System Bismarck von Blut und Eisen das jetzige System v. Bethmann als Gummi und Blei bezeichnet. Nun ruhen die Reichstagskämpfe bis zum 10. Januar 1911. — Auch der Roabiter Prozeß wird in den ersten Januartagen seine andauernde Fortsetzung nehmen — zum Schaden des heutigen Polizeisystems, das heillos durch die zahlreichen Zeugenauslagen kompromittiert wird. Wahrscheinlich, wenn unser Vürgerium auch nur einen Funken von Selbstbewußtsein hätte, müßte es sich durch die brutale Behandlung friedlicher Bürger aufzurütteln lassen und mit uns gegen das System Stellung nehmen. Inzwischen zählen die National Liberalen wieder einmal an den Knöpfen ab, nach welcher Seite sie sich beim beginnenden Wahlkampf schlagen sollen, und die Freisinnigen kommen auch nicht recht aus ihrer Vethargie. Da ist alle Freiheit-

liche Bewegung wiederum auf die Sozialdemokratie gestellt, und in den friedlichen Klingklang des Weihnachtsfestes grollen schon die dumpfen Töne der bevorstehenden Kämpfe innerhalb wie außerhalb des Parlamentes. Keine Wahlrechtsvorlage in Preußen! „Keine Ruhe im Kampf!“ sei unsere Antwort. Mögen die Bued und Konforten ihren Scharfmaderlang aufziehen: Wir werden ihnen schon aufspielen!

**Eine unfreiwillige Anerkennung.** Der Minister des Innern Delbrück hat in der Reichstagsitzung vom 7. Dezember über die Tätigkeit der Arbeitersekretäre folgendes Eingeständnis gemacht: „Ich gehöre nicht zu denen, die eine unrichtige Vorstellung von der Tätigkeit unserer Arbeitersekretäre haben; ich weiß ganz genau, daß sie so, wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, ich möchte sagen, eine unentbehrliche Institution geworden sind, die sich dauernd hoffentlich in der Richtung entwickeln wird, die der Abg. Raumann annimmt. Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus den Parlamenten, insbesondere aus den Kommissionen dieses Hauses, wir alle wissen, daß sie uns mit ihrer Sachkunde angenehme und wertvolle Mitarbeiter sind; wir wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Berater der Arbeiter sind in den verwickelt organisierten Gergängen der Sozialpolitik, daß sie deren Rechte vertreten vor den Behörden, vor allem, wenn die Arbeiter Rechtsansprüche aus den sozialpolitischen Gesetzen zu vertreten haben, und daß sie die Anwälte der Arbeiter insbesondere vor den Schiedsgerichten und im Reichsversicherungsamt sind; wir alle wissen, daß die Arbeitersekretäre draußen im Lande für den Arbeiter unentbehrlich sind, daß sie die Versammlungen berufen und führen, daß sie deren Beschlüsse formulieren und sich dort die Aufträge geben lassen, die sie dann bei den Behörden, im Reichstag und in der Fachpresse vertreten.“

Die badische Regierung befindet sich in großer Not. Der Arbeitgeberverband ist mit ihr nicht mehr zufrieden. Er hat gegen sie schwere Vorwürfe erhoben, daß sie beim Pforzheimer Lohnkampf nicht für genügenden Schutz der Arbeitswilligen gesorgt habe. Das badische Regierungsorgan, die „Karlsruher Ztg.“, bereist sich nun, den Unternehmern nachzuweisen, wie hilfreich ihnen die Regierung zur Seite gestanden hat. Am 24. November habe die Regierung dem Amtsbezirk Pforzheim 24 Gendarmen zur Verfügung gestellt. Von den Verstärkungsmannschaften waren am Samstag, den 26. November, 20 Schutzeleute mit zwei Chargierten sowie 12 Gendarmen im Amtsbezirk Pforzheim eingetroffen. Weitere 10 Schutzeleute wurden von dem Bezirksamt am 27. November zur Dienstleistung von auswärts herangezogen.“ Schon vorher hatte das Bezirksamt „durch andere Einteilung des Dienstes und durch Heranziehung der dienstfreien Mannschaften an den Ruhetagen für einen erhöhten polizeilichen Schutz Sorge getragen“. Nachdem der Arbeitgeberverband die allgemeine Aussetzung der Arbeit bis 2. Januar beschlossen, ist eine weitere Verstärkung der Schutzmannschaft und Gendarmen eingetreten, so daß alsdann neben der regelmäßig vorhandenen Sicherheitsmannschaft 42 Schutzeleute und 33 Gendarmen von auswärts in Stadt und Bezirk Pforzheim tätig sind. Mehr konnte die Regierung gewiß nicht für die Unternehmer tun! Interessant ist aber noch folgendes Eingeständnis der Regierung: „Bis zum 9. d. M. sind 20 Anzeigen wegen Vergehens gegen § 153 d. Reichsgewerbeordnung zur Kenntnis der badischen Behörden gebracht worden, während die Zahl sonstiger mit der Lohnbewegung zusammenhängender Vergehen sich auf 8 belief. Jiffen, die bei der großen Zahl der an der Lohnbewegung beteiligten Personen nicht von besonderer Bedeutung sind.“

Ein brutaler Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen hat sich der Magistrat von Halle a. S. geleistet. Dort hatten die Krankenkassen im Sommer dieses Jahres einen schweren Kampf mit den organisierten Ärzten zu bestehen. Dieser verlief schließlich zugunsten der Kassen insofern, als es ihnen gelang, neue Ärzte zu gewinnen. Allgemein betrachtete man den Arztstreik schon für erledigt. Da griff plötzlich der Magistrat als Aufsichtsinstanz zugunsten der Ärzte ein. Er verlangte, daß bis zum 26. November jede Kasse den Nachweis zu erbringen habe, daß auf wenigstens 1500 Mitglieder ein Arzt komme, widrigenfalls er selbst die Befugnisse der Kassenorgane auf Kosten der Kasse vornehme. Die Kassen erhoben dagegen Beschwerden beim Regierungspräsidenten, Handelsminister, Reichsamt des Innern usw., erhielten aber in der Regel den Bescheid, daß man dem regelrechten instanzmäßigen Gang der Dinge nicht vorgreifen könne. Trotzdem konnten die Kassen noch vor Ablauf des 25. November der Behörde mitteilen, daß sie der Anforderung nachgekommen seien, denn bei ihr seien noch mehr Ärzte als auf 1500 Mitglieder einer vorhanden. Das half aber alles nichts. Am 25. November erhielten die Kassen folgende Verfügung: „Die uns gestern zugegangene Erklärung des Kassenvorstandes auf unsere Verfügung vom 8. d. M. ist eine Verweigerung der in jener Verfügung enthaltenen Auflage. Der Magistrat wird nunmehr selbst gemäß § 45 Abs. 5 des Krankenversicherungsgesetzes die ausreichende ärztliche Versorgung der Mitglieder herbeiführen und insoweit die Befugnisse und Obliegenheiten der Kassenorgane an ihrer Stelle ausüben. Die Kassenorgane haben sich daher jeder hierher gehörigen Tätigkeit bis auf weiteres zu enthalten, insbesondere keine Verträge über Anstellung von Kassenärzten ab-

geschlossen. gez. Rbe. gez. Dr. Hoffmann. — Inzwischen hat der Magistrat die Massenverwaltung übernommen und mit den Ärzten einen zehnjährigen Vertrag abgeschlossen. Die Klassen haben sofort auf dem vorgeschriebenen Rechtsweg die Verfügung des Magistrats angefochten.

**Alkohol und Wahnsinn.** Es ist bekannt, daß der Alkohol einen besonders unheilvollen Einfluß auf die Keimzelle ausübt. Die Kinder von Alkoholikern leiden meist unter schweren körperlichen und geistigen Belastungen. In dem „Neutralistischen Zentralblatt“ bringt Max Sichel neues Material zu dieser Frage herbei. Er teilt mit, daß bei 308 von den 2523 in der Frankfurter Irrenanstalt aufgenommenen Alkoholbelasteten Trunksucht der Eltern oder naher Angehöriger festgestellt wurde. Von diesen 308 litten 99,9 Proz. an chronischem Alkoholismus, 18,4 Proz. an frühzeitigem Altersblödsinn, 3,6 Proz. an manisch-depressivem Irzsinn, 7,5 Proz. an Hysterie, 15,2 Proz. an Epilepsie, 0,6 Proz. an traumatischer Psychose (durch Verletzung entstandene Geistesstörung), 4,6 Proz. an Paralyse und organischer Psychose, 1,6 Proz. an Altersblödsinn, 2,3 Proz. an anderen Leiden und 17,2 Proz. an Irresein und Alkoholismus. Zwei Fünftel der durch die Trunksucht der Eltern Belasteten waren also selbst Alkoholiker, ein Fünftel litten an Krankheiten, die mit dem Alkoholismus in Verbindung stehen. Bei den mit vorzeitigem Altersblödsinn Belasteten kamen häufige Züge von alkoholisch-delirantem Irresein hinzu. — Diese Ziffern sollten eine ernste Warnung für jeden sein, der gern einmal ein Gläschen über den Durst trinkt.

**Alle Durschenherrlichkeit...** Es gab eine Zeit, wo unter den Studenten ein freier Zug wehte und sie teilnahmen an den freiheitlichen Bestrebungen in Deutschland. Das ist freilich lange her. Heute kommt ein großer Teil der alma mater nicht mehr ohne den „fördernden“ Hurrapatriotismus verbunden mit Soufflement aus. Oedeßer Antisemitismus ist die „geistige“ Richtung weicher Kreise unserer „goldenen“ Jugend. Eine Versammlung der Leipziger „Freien Studentenschaft“ hatte sich in einem Zklus wissenschaftlicher Vorträge u. a. auch den — scharflich zu sagen! — Sozialdemokraten Ed. Bernstein mitangehört. Ein Antisemitiker schlimmster Sorte, Dr. E. Henrici heißt der Wadere, hatte in der Diskussion es für angebracht gehalten, ein Kaiserhoch auszubringen. Diese, gelinde ausgedrückt, Taktlosigkeit war zum Teil von den anwesenden Studenten unliebsam empfunden, und die ausfallende, provokatorische Art des Herrn Henrici brachte es soweit, daß ihm der Vorsitzende das Wort entziehen mußte. Denn schließlich ist ein reichsverbändlerisches Geschimpfe keine Diskussion. — Nun aber tagte am 15. Dezember im Marinehaus in Berlin eine Studentenversammlung, die von konserverativen und antisemitischen Reichstagsabgeordneten einberufen war und in welcher der famose Henrici über seine Leipziger Blamage berichtete unter der Devise: „Die die Nation, die die Internationale!“ Die Leipziger Studenten hatten einige Vertreter geschickt, die aber nicht zu Wort gelassen wurden! Das gab dann ganz gehörige Värmereien. Nachdem sich noch einige Antisemiten produziert und schließlich unter Värmen doch noch ein Leipziger das Wort erhielt, wurde eine Resolution für die „christlich-moralische“ Staatsauffassung und gegen die Leipziger Freistudenten angenommen. Diese Vorgänge verdienen deshalb Beachtung, weil sie uns zeigen, wie verständnislos die Mehrzahl der Jugend der Besitzenden dem Leben gegenübersteht. Solch ein „Kulturdokument“ aus unserer Zeit sollte nachfolgenden Generationen unbedingt erhalten bleiben.

**David und Goliath.**

Da steht der lange Goliath,  
Seht nur, wie grimmig er sich hat.  
Sein Auge rollt in wilder Wut;  
Rehmt euch in acht, das seht noch  
Wacht!  
Sein Horizont ist rot gefärbt —  
Wacht auf, der wilk, daß David herbei!  
Schon host er mit der Brante aus —  
Oh Gott, das wird ein schlimmer  
Strauch!  
Nanu und od — lam da was mang?  
Der lange Daackh liegt längelang!  
Er richtet höhnend sich empor  
Und fragt sich sinnend hinterm Ohr:  
Gob' ich mich da nicht selbst verhöhnt?  
War das zu grimmig ausgeholt?

Au — od — und ach! Ein Schleuder-  
pfeil  
Fuhr ihm mit Schwung ins Hinterlell.  
Der Riese schrie: mich zwick's und  
beißt's  
Am Sitz des Philosophengestül!  
Er seufzte schwer: Nun wird mir klar,  
Dah dies des Davids Schleuder war!  
Er hinkte wehmutsvoll nach Haus,  
Da rief man seinen Sieg schon aus.  
Er nickte: Wenn man's recht bedenkt,  
Dem David das ich's eingetränkt.  
Indes: laßt das Triumphgefretsch —  
Still, denn mich schmerzt mein Sipo-  
fleisch!  
Sonderjam.

**Eingegangene Schriften und Bücher**

- Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Heft 10 und 11 vom 29. Jahrgang. Preis pro Heft 25 Pf., pro Quartal 3,25 Mk.
- Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. (Weihnachtsnummer). Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 66 Pf.
- Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der ArbeiterInnen. Verlag: Paul Singer in Stuttgart. Nr. 6 des 21. Jahrg. Preis pro Nummer 10 Pf., pro Quartal 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf., Jahresabonnement 2,60 Mk.
- Rochtung der Mensch. Großes Handbuch des gesamten Rädchenwesens. Für den einfachen und seinen Tisch unter Berücksichtigung aller Fortschritte auf dem Gebiete des heutigen Rädchenwesens. Mit weit über 2500 neuen erprobten Rezepten und Anweisungen. Circa 700 Seiten stark. Preis 6 Mk., Geschenkband 7 Mk. (Porto 56 Pf.) Verlagshaus Emil Abigt in Wiesbaden 30.
- Gute, sparsame Küche — Monomischer Haushalt — Rat für alle wirtschaftlichen Vorkommnisse sind die Grundzüge dieses großen Handbuchs. Es enthält alles, was für das Rädchenwesen von Wichtigkeit ist, von Einrichtung, Geschirre und seiner Behandlung, den Rädchenprodukten usw. an, mit Speise- und Rädchenzetteln für alle Jahreszeiten, Rädchenlexikon und dergl. bis zu allen Einzelheiten, Rädchenchemie, Rezepte für Haus- und Gebrauchsmittel, vielen Rädchengeheimnissen und allerhand Monomischen Vortellen. Für alles im Hauswesen vorkommende findet man hier Rat und Belehrung. — Es wird ja leider unserem engeren Kollegenkreis schwer sein, solche Ausgabe auf sich zu nehmen. Für Bibliotheken und diejenigen unserer Leser, die es sich leisten können, ist das Buch jedenfalls durchaus zu empfehlen.
- Die bürgerliche Jugendbewegung. Von Karl Korn. Herausgegeben von der Zentralstelle für die arbeitende Jugend (Hr. Ebert). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. 112 Seiten. Preis brosch. 1 Mk., geb. 1,50 Mk.
- Die Schrift gibt in ihrem ersten Teile eine Uebersicht über die gesamte bürgerliche Jugendbewegung. In einzelnen großen Gruppen der bürgerlichen Jugendbewegung, die sozialistischen Jugendvereine und Kongregationen, die evangelischen Jünglingsvereine in ihren verschiedenen Spielarten, die vielfachen Formen der sog. interkonfessionellen Jugendsfürsorge, dazu die losen Veranstellungen der Lehrerbildung und -feierabende, werden der Reihe nach vorgeführt, ihre Organisation geschildert, ihre Unterschiede zu erfassen gesucht; auch die vorhandenen weiblichen Vereine werden bei jeder Gruppe berücksichtigt. Im zweiten Teil der Broschüre werden die Genossen Tatsachenmaterial finden, das den meisten von ihnen vollkommen neu sein wird. Aus den konfessionellen und den bisherigen interkonfessionellen Jugendvereins- und Jugendsfürsorgebestrebungen hat sich in jüngerer Zeit eine neue Bewegung entwickelt, die staatliche Jugendpflege, die auf dem Felde des Kampfes um die Jugend den Zusammenschluß sämtlicher Interessengruppen des Klassenstaates erstrebt zum gemeinsamen Vorstoß gegen die proletarische Jugendbewegung.

**::: Filiale Groß-Berlin :::**

**Heiterer Weihnachtsabend**

am Sonntag, 25. Dezember (1. Weihnachtsfeiertag)

in den „Residenz-Festalen“, Landbergerstr. 31  
und in den „Brunnen-Gälen“, Brunnenstr. 15

bestehend aus Konzert • Rezitationen • Gesangsvorträgen (Solo und Duett) und theatralischen Aufführungen (Operette) • Nachher: Freier Festball.

Mitwirkende

Frau Ella Alexander Woythaler, Frä. Rosa Reihner vom Theater des Westens, Frä. Hanna Gerber, Frä. Annie Sander, Herr Eugen Hoff vom Hoftheater in Wiesbaden, Herr Heinz Larns, Herr Max Stempel, Kapelle des Herrn M. Jäger

Eröffnung 6 Uhr: Eintrittskarte 50 Pf.; Anfang 7 Uhr  
Für Lang keine Nachzahlung — Programm am Eingang gratis  
Die Ortsverwaltung

**Totenliste des Verbandes.**

Joh. Großmahl, Hamburg-  
Cuxhaven. — Handel u. Schiffahrt.  
† 10. 12. 1910, 27 Jahre alt.

Gustav Häufe, Gera  
† 10. 12. 1910, 57 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Briefkasten**

P. Leipzig. Der gute Wille ist zu loben, aber das Gedicht ist nicht druckreif. Besten Gruß!

M. Hannover. Du mußt Dich unbedingt nach der Rederecken und Deine „Meinen Beiträge“ noch wesentlich verkleinern. Besten Gruß!